1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 49 vom 9. Dezember 1983 — 17. Jahrgang — 1 DM

Sonderausgabe zum V. Parteitag der KPD

Bericht über den Verlauf des Parteitags, politische Resolutionen des Parteitags, Grußadressen

auf den Seiten 3 — 10

Bonn kennt keine Skrupel:

Die Korruption wird zum Gesetz

Neues Parteienfinanzierungsgesetz kostet Millionen und erleichtert Kapitalisten steuerbegünstigten Parteieneinkauf

Weihnachten — das Fest der Eigenliebe. Unter diesem Motto scheinen die Handlungen der ausschlaggebenden Bundestagsparteien in diesen Wochen zu stehen, der Parteien der „geistig-moralischen Wende" ebenso wie der oppositionellen SPD. Geld brauchen sie alle, und Geld heiligt die Mittel, oder wie das schöne Sprichwort heißt. So genehmigen sich denn die Parteien noch vor Weihnachten eine Zusatzzahlung, ein Weihnachtsgeld sozusagen, in Höhe von 44 Millionen DM. Im Gegenzug bieten sie sich finanzkräftigen Spendern in Zukunft billiger und schrankenloser an. Sie haben nämlich ihre „Gemeinnützigkeit" entdeckt.

All diese schönen Überraschungen enthält das vor wenigen Tagen im Bundestag zusammengestellte Paket mit der Aufschrift „Parteienfinanzierungsgesetz".

Die Sache hat noch einen Haken: Sie erscheint vielen verfassungswidrig. Die Grünen erwägen einen Gang nach Karlsruhe. In der Tat hat das dortige Verfassungsgericht eigentlich schon entschieden, daß eine Gleichstellung von Parteien und gemeinnützigen Vereinen nicht rechtens ist. Das heißt aber noch lange nicht, daß das Gesetz nicht doch durchkommt.

Eines offenbart das neue Parteienfinanzierungsgesetz auf jeden Fall: die ungeheure Skrupellosigkeit der etablierten Parteien. Da wurde gerade erst Anklage gegen den Wirtschaftsminister erhoben, weil er sich hat bestechen lassen, da sind weit über 1000 Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung aufgrund illegaler Spenden anhängig, alles redet von Korruption in Bonn — und dort hat man nichts Eiligeres zu tun, als diesem Vorwurf eine neue Begründung hinzuzufügen. Nun denn. Es ist nur zu hoffen, daß der sich bei immer mehr Menschen festsetzende Eindruck vom Bonner Schmierentheater auch positive Folgen hat — dergestalt, daß mehr Menschen diesem Staat oder zumindest dieser Regierung die Gefolgschaft aufkündigen.

„Gemeinnützig" wollen sie auf einmal sein, die großen Parteien. Wenn man ihre Politik so ansieht, besonders was uns die Unionsregierung so alles zumutet und an zukünftigen Zumutungen noch angekündigt hat, wäre man als normaler Mensch sicher nicht auf diese Bezeichnung gekommen. Es geht aber auch nur darum, daß die Gesetzesmacher schneller, bequemer und unter Ausschaltung bisher geltender strafrechtlicher Bestimmungen an die Großspenden der Wirtschaft herankommen wollen. Wurden früher Schein- und Tarnorganisationen, „Staatsbürgerliche Vereine" und „Gemeinnützige Organisationen" zur heimlichen Abwicklung steuerlich abzugsfähiger Finanzspritzen aufgebaut und unterhalten — gerade um solche Tricksereien geht es in den vielen Strafverfahren —, so ist dieser Aufwand in Zukunft gar nicht mehr nötig. So können die Kapitalisten bis zu 5 Prozent ihres Einkommens bzw. die Unternehmen bis zu 2 Promille ihres Umsatzes direkt über eine Parteispende von der Steuer absetzen. (Das kann zwar „jeder Bürger", aber daß hier die Finanzgewaltigen bevorzugt und auch gemeint sind, darüber erübrigt sich wohl jede Auseinandersetzung.)

Für CDU/CSU und FDP ist klar, daß hiermit auch eine Amnestie für die bisherigen „Steuersünder" angestrebt wird, die Einstellung der laufenden Verfahren. Die SPD will das angeblich nicht, wobei über ihre Glaubwürdigkeit in dieser Thematik sicher nicht viel Gutes zu sagen wäre. Einzig die Grünen haben das ganze Paket abgelehnt.

Das vorne angesprochene Weihnachtsgeschenk von 44 Millionen Mark entspringt der rückwirkenden Anhebung der Wahlkampfkostenerstattung. In Zukunft wird es dann für jede Wählerstimme 5 DM statt bisher 3,50 DM geben. Das gilt schon für die Europawahl. Kurzfristige Kosten: Etwa 200 Millionen DM.

Wer sich noch an die kürzlich erfolgte unverschämte Diätenerhöhung der Abgeordneten erinnert, kann jetzt außerdem sehen, daß ihre Geldgier auch auf diesem Gebiet damit noch nicht gestillt war. Dadurch, daß die neue Regelung es den Parlamentariern ermöglicht, ihre bisher steuerpflichtigen Abgaben an die Fraktion und entsprechende Leistungen für die Partei als Spende abzusetzen, ergibt sich jetzt eine neue, heimliche Diätenerhöhung.

So steht es mit den großen Bonner Parteien. Da können wir nicht mithalten. Solch schmutziges Spiel gibt es bei einer Arbeiterpartei nicht; die Kapitalisten setzen ihr Geld auch logischerweise gegen und nicht für Arbeiterpolitik ein. Unsere Partei, die KPD, hat diesem korrupten Ausbeutersystem den Kampf angesagt. Gleichzeitig kämpfen wir um die Verteidigung aller bisher erkämpften Rechte und sozialen Errungenschaften auch in diesem System, die die Rechtsregierung den Werktätigen rauben will. Jedem, der die Nase voll hat von dem Bonner Schmierentheater, reichen wir die Hand: Mach mit bei uns, damit für diese Leute endlich der Vorhang fällt!

Kommuniqué

Anfang November und Anfang Dezember 1983 tagte der V. Parteitag der KPD. Am V. Parteitag nahmen 61 Delegierte und einige Gastdelegierte teil. Im Mittelpunkt der Diskussionen des V. Parteitags stand die Erörterung der Einheitsfrontpolitik der Partei.

Der V. Parteitag hat den Politischen Bericht des Vorsitzenden der Partei, Ernst Aust, und den Tätigkeitsbericht des ZK und der ZPKK entgegengenommen und diskutiert. Das ZK und die ZPKK wurden entlastet.

Der Parteitag hat vier politische Resolutionen diskutiert und verabschiedet:

- **eine Resolution zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg;**
- **eine Resolution über den antifaschistischen Kampf;**
- **eine Resolution über den wirtschaftlichen Kampf;**
- **eine Resolution zum Thema „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats".**

Dem Parteitag lagen weitere Resolutionsentwürfe vor, die aus Zeitgründen nicht vom Parteitag selbst behandelt werden konnten. Der Parteitag hat deshalb diese Resolutionsentwürfe zur alsbaldigen Bearbeitung an das neue ZK verwiesen mit der Auflage, einen Teil dieser Resolutionsentwürfe so schnell wie möglich zur Veröffentlichung zu bringen und einen Teil dieser Resolutionsentwürfe innerhalb der nächsten drei Monate zur Diskussion in die Partei zu geben.

Dem Parteitag lag ein Entwurf für ein neues Statut der Partei vor. Da der Parteitag aus Zeitgründen nicht in der Lage war, diesen Statutentwurf und die dazu vorliegenden Anträge zu behandeln, hat er sich darauf beschränkt, einzelne Abänderungen am Statut der Partei vorzunehmen. Der vorliegende Entwurf für ein neues Statut wurde zur Überarbeitung an das neue ZK verwiesen und soll auf einem außerordentlichen Parteitag, der innerhalb der nächsten zwei Jahre stattfinden wird, beschlossen werden.

Der Parteitag hat einen neuen Vorsitzenden der Partei, ein neues ZK und eine neue ZPKK gewählt. Der bisherige Vorsitzende der Partei, der Genosse Ernst Aust, kandidierte nicht mehr für dieses Amt. Einziger Kandidat für die Wahl des Vorsitzenden war der Genosse Horst-Dieter Koch, langjähriges Mitglied des Politbüros der Partei. Der Genosse Horst-Dieter Koch ist der neue Vorsitzende der KPD. In das neue ZK der KPD wurden 16 weitere Mitglieder und 3 Kandidaten gewählt. Die meisten Stimmen bei der Wahl des ZK erhielt der bisherige Vorsitzende der Partei, der Genosse Ernst Aust.

Der V. Parteitag hat beschlossen, daß der VI. Parteitag in zwei Jahren stattfinden wird. Er hat weiterhin beschlossen, daß vorher ein außerordentlicher Parteitag einzuberufen ist, der Fragen und Probleme behandeln soll, die in der vom V. Parteitag verabschiedeten Resolution „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats" aufgeworfen wurden und ein neues Programm und ein neues Statut der Partei beschließen soll.

12. 12.: Nationaler Widerstandstag der Friedensbewegung

Stoppt die Stationierung! BRD — raus aus der NATO!

Am 12. 12., dem 4. Jahrestag des NATO-„Nach"-Rüstungsbeschlusses, werden im ganzen Bundesgebiet Aktionen gegen die inzwischen begonnene Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles, gegen die Kriegsvorbereitungspolitik der NATO stattfinden.

Mit einer Demonstration in Frankfurt-Hausen (10. 12.), dem großen Fest der „Sportler für den Frieden" in der Dortmunder Westfalenhalle (11. 12.) und anderen Aktionen sind Kriegsgegner schon in den vorhergehenden Tagen aktiv. Der 12. 12. als nationaler Aktionstag, als Widerstandstag ist die bundesweite Demonstration der Friedensbewegung, daß sie trotz des Stationierungsbeginns nicht tot ist. Daß sie vielmehr jetzt erst recht zu Aktionen und zum Widerstand — dieses Wort hassen die Raketenfreunde besonders — schreiten wird. Diese Entschlossenheit gilt es zu stärken. Aus allen gesellschaftlichen Bereichen, besonders auch aus den Betrieben, sollten an diesem Tag Bekundungen des Friedenswillens und der Kampfbereitschaft gegen die Kriegstreiber erfolgen. Die KPD wird sich dabei auch dafür einsetzen, daß mehr Klarheit über die Hintergründe der Raketenstationierung geschaffen wird, und zum Beispiel die für die Perspektive der westdeutschen Friedensbewegung wichtige Losung, der Lösung der Bundesrepublik aus dem westlichen Kriegspakt, der Neutralität unseres Landes vertreten: Bundesrepublik raus aus der NATO!

Demonstration in Duisburg

Das Revier muß leben

... aber Johannes Rau wird es nicht retten

„Rettet das Revier!" — 10000 Menschen, überwiegend Stahl- und Bergarbeiter und ihre Familien, demonstrierten am 2. Dezember in Duisburg gegen die drohende Vernichtung Tausender Arbeitsplätze und der Zukunftsaussichten der Menschen im Ruhrgebiet.

Als Veranstalter der Demonstration traten der Landesbezirk Ruhr des DGB und die Oberbürgermeister des Reviers auf, einer der Hauptredner war NRW-Ministerpräsident Johannes Rau.

Damit ist aber noch nicht viel Positives über diese Aktion gesagt: Der DGB, die betroffenen Einzelgewerkschaften hatten nur sehr unzureichend mobilisiert. Dieses schlappe Herangehen in der Vorbereitung einer solchen Demonstration, der eine solch zentrale Bedeutung zugeschrieben wird (und eigentlich ja auch zukommt) und die dementsprechend auch beobachtet und beurteilt wird, ist durch nichts zu rechtfertigen. Viele Teilnehmer waren enttäuscht und empört darüber. Und „Bruder Johannes" mit seinen Predigten über „Zukunftstechnologien", in denen er die Rettung des Reviers angeblich sieht, erntete immer wieder Pfiffe. Denn irgendein Konzept zur Rettung der Stahlarbeitsplätze, zur Verhinderung des Zechensterbens hatte er nicht vorzuweisen, nur „gute Worte" und eine „Orientierung", die ausgerechnet an der Kohle vorbeigeht. Bleibt es dabei, ist das Revier nicht zu retten.

Zur Rettung des Reviers ist der gemeinsame Kampf der Stahl- und Bergarbeiter selber notwendig, und hier liegt die Aufgabe der Gewerkschaften, wenn sie ihrer Verantwortung nachkommen wollen: Zu Kampfmaßnahmen zu mobilisieren und sie zu organisieren. Stattdessen geben sich führende Gewerkschafter, bei Hoesch in Dortmund und anderswo, immer noch dazu her, Teilstillegungen und andere Kahlschlagmaßnahmen abzusegnen.

So kann diese Demonstration von Duisburg keinesfalls als ein Höhepunkt des Kampfes, sondern nur als ein Signal verstanden werden. Ein Signal, das auf die Nöte der Menschen im Revier aufmerksam gemacht hat, ein Signal auch, daß noch viel mehr geschehen muß, um die Zukunft des Reviers zu sichern.

Graf Silberkrücke wird angeklagt

Das Verfahren gegen Flick wurde eingestellt

Jetzt soll Otto Graf Lambsdorff, einer von denen, die den Arbeitern immer das Gürtel-enger-Schnallen predigen und gegen „überzogenes Anspruchsdenken" zu Felde ziehen, endlich vor Gericht. Weil er, wie sich die Bonner Staatsanwaltschaft nach jahrelangen Recherchen überzeugte, bestechlich ist. Weil er für ein paar hunderttausend D-Mark mithalf, dem Flick-Konzern die Zahlung von 840 Millionen DM Steuern zu ersparen.

Mit ihm angeklagt: die ehemaligen Minister Friderichs, der inzwischen in den Vorstand der Dresdner Bank wechselte, und Riemer sowie die Bestecher von Brauchitsch und Nemitz. Die Presserklärung der Staatsanwaltschaft zur Anklage ist untenstehend dokumentiert, die zur Anklageerhebung gegen Lambsdorff notwendige Aufhebung der parlamentarischen Immunität ist inzwischen erfolgt.

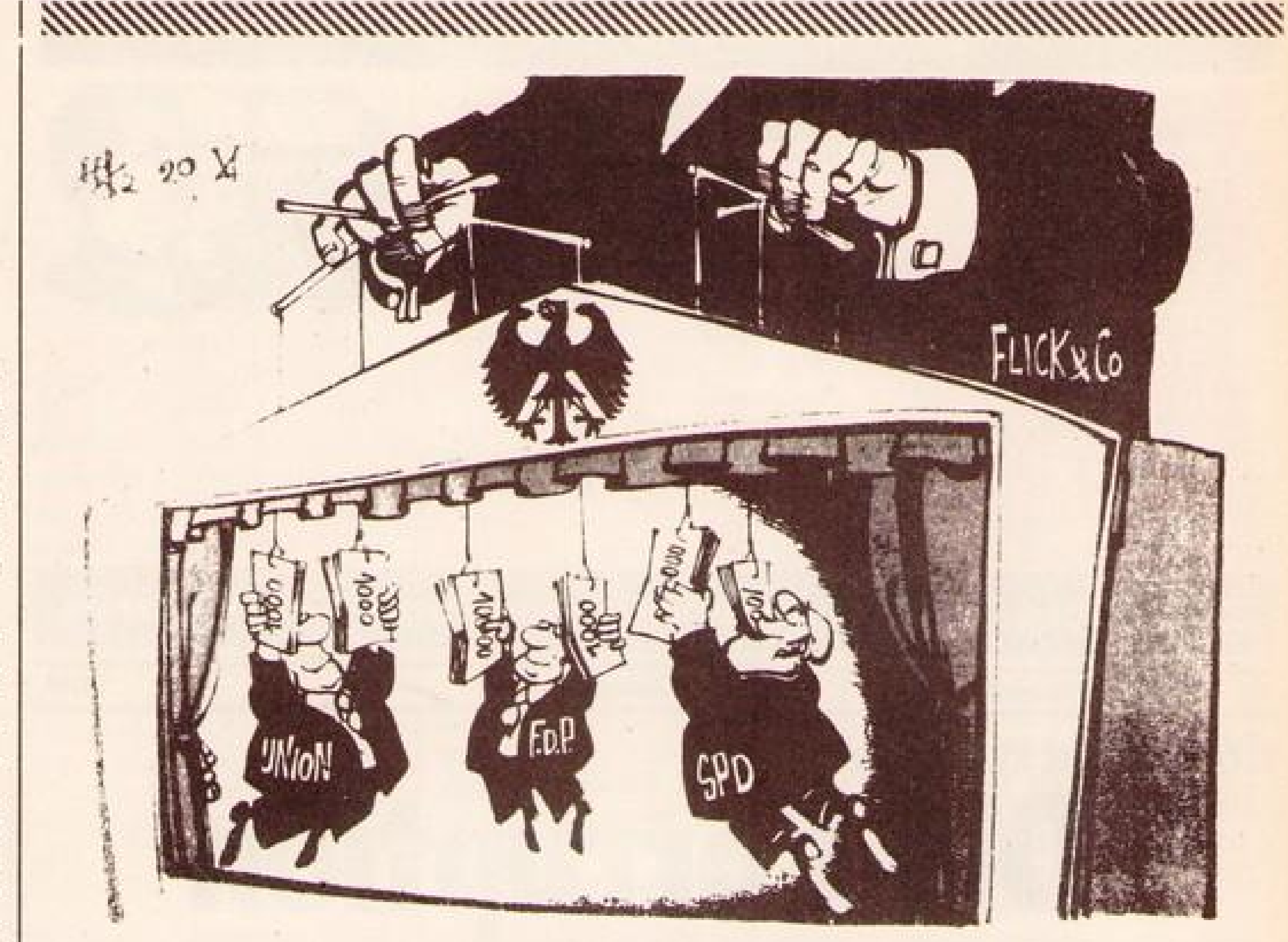
Politiker aller Parteien, die zur Zeit der Steuerhinterziehung, die auf den Verkauf der meisten Daimler-Aktien Flicks folgte, im Bundestag vertreten waren, haben bei dieser kriminellen Aktion die Hände im Spiel gehabt. Auch Sozialdemokraten wie zum Beispiel Finanzminister Matthöfer. Nur sehr wenige dieser „Damen und Herren", das geht in dem unverschämten Geschrei der reaktionären Kräfte über die Anklageerhebung bisweilen unter, sollen jetzt zur Verantwortung gezogen werden. Und: Der Mann, in dessen Interesse die ganze Aktion doch hauptsächlich erfolgte, der Konzernchef Friedrich Karl Flick, hat gar nichts mehr zu befürchten: Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt.

Die Korruption ist in Bonn zu Hause. Das Parlament schwatzt, die wichtigen Entscheidungen werden außerhalb getroffen bzw. vorbereitet. Die Herren des großen Geldes ziehen die Fäden, greifen mit ihrem Geld auch in die Machtkämpfe innerhalb der Parteien selber ein. Diese Erkenntnis aus dem Flick-Skandal und der begleitenden Parteispenden-Affäre sollte man sich gut merken.

Dabei ist die Korruption an sich bei uns gar nicht strafbar. Daß die Parteien mit großen Beträgen geschmiert werden, gehört zur Normalität des politischen Lebens der Republik, diese Schmiere hält den Apparat am Laufen. Nur offensichtlich bestechen oder sich der „Vorteilsnahme" überführen lassen, das darf man nicht. Daß die legale Schmieraktion in Zukunft noch leichter läuft, dafür haben die Parteien nur einen Tag nach der Anklageerhebung gegen Lambsdorff selbst schnell noch gesorgt (s. Seite 1).

Lambsdorff hält immer noch an seinem Ministersessel fest. Ob er nach Zustellung der Anklageschrift abtritt, ist auch durchaus noch nicht sicher. Genscher, Kohl und andere stellen sich noch vor ihn. Und wenn aus CSU-Kreisen auf ein Freiwerden seines Postens spekuliert wird, dann bestimmt nicht aus Gründen politischer Lauterkeit, sondern weil sie selbst noch direkter auf eine Beschleunigung des reaktionären Kurses der Bundesregierung Einfluß nehmen wollen.

Diese Regierung ist kein Vertrauen, keine Mark und keine Gefolgschaft wert. In keiner Frage. Die uns den Gürtel enger schnallen wollen, die gerade neue Raketen für einen neuen Krieg geordert haben, prostituieren sich für die Herren des großen Geldes. Widerstand gegen die Bonner Politik ist Ehrensache.



Politische Landschaftspflege

oder: Es müssen nicht immer Bananen sein

„Ich glaube, wir sollten nicht unterschätzen, welche große Bedeutung für unser Haus die besondere Pflege der Bonner Landschaft, aber auch der gutwilligen Leute im Gewerkschaftsbereich hat. Die Wichtigkeit dieser sorgfältigen Behandlung hat sich nicht nur im bisherigen 6b-Bereich gezeigt, sondern wird es uns auch eher ermöglichen — wenn es einmal notwendig ist — politisch unpopuläre Maßnahmen durchzuführen."

Aus einem Brief Eberhard von Brauchitschs an Friedrich Karl Flick, 1979

Als Landschaftspfleger verstehen sie sich, die Herren des Hauses Flick. Ein Begriff, der an ehrliche, nützliche Arbeit denken läßt. Dabei schließt die damit umschriebene Praxis Ehrlichkeit von vornherein aus, und die Arbeit in dem Sinne, wie sie normale Menschen verstehen, haben für Flick immer andere gemacht. Aber nützlich ist die pflegerische Tätigkeit der Herren ungemein, für sie selber in allererster Linie und für das kapitalistische Gesellschaftssystem, das sie repräsentieren, insgesamt.

Herr von Brauchitsch, der von seinem Freund Friedrich Karl Flick an einem bestimmten Punkt der Daimler-Gewinnsteuer-Affäre fallengelassene Flick-Manager, ist nicht der Erfinder der politischen Landschaftspflege. Auch nicht für das von ihm lange vertretene Haus.

„Bananenrepublik Deutschland", so gaben manche im ersten Entsetzen über bekanntgewordene Einzelheiten der Flick-Affäre dem Kürzel BRD einen neuen Inhalt. So sehr das zutreffen mag, es traf auf den deutschen Staat schon zu, als es die BRD noch gar nicht gab.

Gepflegt haben die Flicks (ebenso wie die Thyssens, die Siemens' usw.) vor der Bonner auch schon die „Großberliner", ja, auch die Weimarer Landschaft. Gab es jetzt Buchungsvermerke „wg. Lambsdorff", „wg. Friderichs" usw., so flossen früher bereits Millionenbeträge wegen Himmler, wegen Göring, wegen Hitler und noch früher schon wegen Brüning, Papen, Hindenburg, Stresemann... Mit den entsprechenden Rückflüssen zum Wohle des Hauses Flick.

Ob demokratische Republik, ob faschistischer Terrorstaat: Für Flick und seinesgleichen ist Kapitalismus in jeder Form ein fruchtbarer Garten, der sorgsam gegossen und bestellt wird. Was am meisten Ertrag zu bringen verspricht, erhält auch die meiste Fürsorge. Und die Früchte, die dann sprießen, werden in vollen Zügen genossen. Wenn einmal mit Blut gedüngt werden muß, ist auch das kein Problem.

Konkret: Flick hat auch Zwangsarbeiter für seinen Profit schuften lassen. Er hat am „Dritten Reich" nur verdient, wenn auch, das muß gesagt werden, der größte Aufschwung seines Hauses erst in der demokratischen Bundesrepublik kam, und er durfte ihn noch selbst einleiten. Immerhin wußte er da schon genau, wie man den Staat lenkt, und wie günstig es ist, ein Vorzeige-Parlament als tarnendes Schutzschild vorweisen zu können.

„So funktioniert diese Republik", schrieben „Spiegel"-Autoren in dem Buch „Flick — Die gekaufte Republik". So funktioniert sie tatsächlich, so funktioniert dieses ganze System, und deshalb halten wir auch nichts davon. Wir halten es mit Lenin, der das Parlament ganz im Sinne von Karl Marx, dessen Analysen in seinem 100sten Todesjahr einmal mehr öffentlich bestätigt werden, als Schwatzbude bezeichnete, die es nur verdient, in der proletarischen Revolution auseinandergejagt zu werden.

Dafür kämpfen wir. Die Demokratie der Arbeiter und Werktätigen sieht anders aus. Sie gibt den schaffenden Menschen die Macht und Freiheit durch Unterdrückung ihrer heutigen Ausbeuter. Ein Schwatzbuden-Parlament, für das sich Politiker alle vier Jahre einen Freibrief holen, das gibt es dann nicht mehr. Nur direkt gewählte und direkt verantwortliche Volksräte. Ein Verbrecher wie Lambsdorff wäre seinen Posten schneller los, als er ihn bekommen hätte...

Soweit sind wir leider noch nicht. Trotz allem hat dieses System in unserem Land in den Augen der Ausgebeuteten und Betrogenen noch nicht soweit abgewirtschaftet, daß sie Flick und das korrupte Politikerpack zum Teufel jagen würden.

Indessen sollte man sich den letzten Satz des eingangs zitierten Schreibens von Brauchitschs an Flick noch einmal vor Augen führen. „Die Wichtigkeit dieser sorgfältigen Behandlung... wird es uns auch eher ermöglichen — wenn es einmal notwendig ist — politisch unpopuläre Maßnahmen durchzuführen."

Eine politische Wende in Bonn wurde bereits durchgeführt, die dazugehörige Politik steckt immer noch erst in den Anfängen. Die Wende kam zustande aufgrund des Wunsches und des Einsatzes der Flick und Co., der Name Lambsdorff steht neben anderen und neben anderem auch **dafür**. Wo führt sie hin? — Es ist viel von politischer Moral die Rede, wenn man von der Flick-Affäre spricht. Für die Flicks gibt es sie nicht. Der alte Flick und seinesgleichen haben auch am Faschismus profitiert, sie haben die Nazis finanziert; der heutige Flick und seinesgleichen werden nicht scheuen, einem neuen Faschismus an die Macht zu verhelfen, wenn es für die Sicherung ihrer Profite nützlich ist. Auch das wäre für sie nur eine „politisch unpopuläre Maßnahme".

All die Politiker, die sich so vehement als Flick-Freunde erweisen oder die sich schützend vor die nun Angeklagten stellen, tragen diese Entwicklung mit oder ebnen ihr wenigstens den Weg.

Wer diesen Weg nicht oder nicht noch einmal gehen will, sollte es darum heute nicht bei einem „Da sieht man's mal wieder" belassen, wenn er sich zur Flick-Affäre äußert. Er wird im Kampf gegen die Flicks und die von ihnen finanzierte Wende-Politik dringend gebraucht.

Dietrich Lohse

Presse-erklärung der Staats-anwaltschaft

Die Erklärung des Bonner Oberstaatsanwalts Wilhelm vom 21.11. hat folgenden Wortlaut:

„In dem sogenannten Flick-Verfahren hat die Staatsanwaltschaft nach Durchführung der außerordentlich umfangreichen und schwierigen Ermittlungen heute bei dem Landgericht Bonn gegen den früheren persönlich haftenden Gesellschafter des Flick-Konzerns von Brauchitsch, den für die Unternehmensgruppe Flick tätig gewesenen Kaufmann Nemitz, den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs und den früheren Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Riemer Anklage wegen fortgesetzter Bestechung beziehungsweise Bestechlichkeit erhoben. Die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, gegen den Bundestagsabgeordneten Dr. Graf Lambsdorff Anklage wegen Bestechlichkeit zu erheben. Sie hat deshalb den Präsidenten des Deutschen Bundestages gebeten, eine Entschließung des Deutschen Bundestages über die Aufhebung der Immunität herbeizuführen.

Hinsichtlich der Beschuldigten Dr. Flick, Dr. Eberle, Funcke, Lahnstein und Matthöfer ist das Verfahren eingestellt worden.

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen wird dem Angeschuldigten von Brauchitsch zur Last gelegt, von Dezember 1975 bis Mitte 1977 dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs Bargeldbeträge in Höhe von insgesamt 375000 Mark und dessen Nachfolger Dr. Graf Lambsdorff im Dezember 1977 und im Jahre 1980 Bargeld in Höhe von insgesamt 135000 Mark zugewendet zu haben, um hierdurch auf die im Ermessen der Minister stehenden Entscheidungen über Anträge des Flick-Konzerns auf Steuerbegünstigung für die Reinvestition eines möglichst großen Teils des Gewinns in Höhe von 1,9 Milliarden Mark Einfluß zu nehmen, den die Gesellschaft durch die Veräußerung von Daimler-Benz-Aktien erzielt hatte.

Dem Angeschuldigten Nemitz wird vorgeworfen, in den Jahren 1974 bis 1977 — teilweise unter Mitwirkung des Angeschuldigten von Brauchitsch — an den früheren Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Riemer Bargeld in Höhe von insgesamt etwa 145000 Mark gezahlt zu haben, um dadurch den Flick-Konzern begünstigende Entscheidungen bei der Bewilligung öffentlicher Mittel zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Energiesektor zu erreichen.

Es besteht der hinreichende Verdacht, daß die Vorteilsnehmer den Zweck der Bargeldzuwendungen erkannt und sich bereit gezeigt haben, den Zahlungen Einfluß auf ihre Ermessensentscheidungen einzuräumen.

Gegen die Beschuldigten Dr. Eberle, Funcke, Lahnstein und Matthöfer hat sich der für eine Anklage erforderliche Verdacht, daß sie Vorteile erhalten haben, nicht ergeben. Ebensowenig konnte hinreichend sicher festgestellt werden, daß Dr. Flick an den von Brauchitsch und Nemitz zur Last gelegten Vorgängen beteiligt war."

Weg mit Lambsdorff! Stoppt Strauß!

Das wäre schon ein Witz, wenn für Lambsdorff der Strauß nach Bonn käme. Auszuschließen ist das ja wirklich nicht.

Es wäre allerdings ein sehr schlechter Witz.

Strauß zählt sicherlich zu den „geflicktesten" Politikern, die es in unserem Lande gibt, und der Dienste von CSU-Leuten bedient sich Flick schon lange in vielfältiger Weise.

„Wegen Strauß" sind aus dem Haus Flick erheblich mehr geflossen als „wegen Lambsdorff". Dank der Notizen des Flick-Buchhalters Diehl sind zwischen dem 21.4. 1975 und dem 24.10.1979 950000 DM belegt, dreimal ist dafür die schwarze Kasse des Konzerns von Friedrich Karl Flick persönlich angezapft worden.

Wie alle anderen zu ähnlichen Vorgängen Vernommenen versagte auch dem Herrn Strauß vor der Staatsanwaltschaft das konkrete Erinnerungsvermögen. Interessant immerhin die folgende protokollierte Aussage:

„Da sowohl meine Vorgänger im Amt des Parteivorsitzenden wie auch im Amt des Ministerpräsidenten seit 1950 eine enge freundschaftliche Beziehung zur Friedrich Flick sen. und aufgrund seiner Bitte auch zu Friedrich Flick jun. unterhalten, ist es selbstverständlich, daß im Laufe einer Zeit von über 30 Jahren zur Unterstützung innenpolitischer (Aktionen der CSU) wie auch zur Finanzierung internationaler Vorhaben dann und wann Beträge gegeben worden sind." Selbstverständlich.

Strauß ist der Mann des Rüstungskapitals. Und da gehört Flick, dessen Krauss-Maffei-Werke den Leopard bauen, ganz vorn dazu.

Strauß für Lambsdorff in Bonn wäre eine Verhöhnung aller, die keine gekauften Politiker schätzen, und zudem ein politisches Signal, eine Kampfansage und Herausforderung an alle Demokraten.

Bayerische Dreck-schleudern

Es hat ja schon reichlich Beschimpfungen gegen alle gegeben, die dazu beigetragen haben, daß die Parteispendenaffäre und der Flick-Skandal an die Öffentlichkeit kamen und sich im Bewußtsein der Öffentlichkeit gehalten haben.

Und nicht nur Beschimpfungen: Es läuft auch ein Verfahren gegen Augstein und zwei „Spiegel"-Redakteure, weil im „Spiegel" Dokumente zitiert wurden, die nicht zitiert werden sollten.

Den Höhepunkt der verbalen Haßtiraden gegen alle, die den Bonner Politikern auf die oft ekelerregend schmierigen Finger sehen, hat zweifellos Gerold Tandler erreicht, als er am vergangenen Wochenende seinen „Verdacht" äußerte, „daß hier bewußt oder unbewußt in einem anderen Bereich so gehandelt wird, wie es andere mit der Exekution von Ponto oder Schleyer getan haben".

Nicht, daß wir uns an der Trauerminute für Schleyer beteiligt hätten. Darum geht es nicht — wenn Tandler ganz im Sinne seines Vorsitzenden Strauß sogar den Justizapparat eines Bundeslandes (NRW) auf eine solche Weise anschießt, dann heißt das: Er und seinesgleichen wollen, daß in Zukunft Strafverfahren gegen bestechliche Politiker unmöglich gemacht werden. Daß Menschen, die zum Beispiel mit den Mitteln der Presse für solche Verfahren sich einsetzen, wie Kriminelle behandelt und verfolgt werden.

Es mag als moralische Wertung abgetan werden, aber: Wer so redet wie Tandler, der offenbart eine faschistische Gesinnung. Der ist selbst ein Faschist. Solche Figuren zeigen bildhaft, welche Zustände durch den eingeschlagenen Wendekurs herbeigeführt werden sollen. Lassen wir es nicht so weit kommen!



Kein Parteitag der schnellen Abstimmungen

Zum Abschluß des V. Parteitags der KPD

Der V. Parteitag unserer Partei ist zu Ende. Oft läßt sich der Hauptinhalt eines Parteitages in einer einzigen prägnanten Losung zusammenfassen. Das galt sicher für den IV. Parteitag unserer Partei, der völlig eindeutig unter der Losung „Kampf dem ultralinken Sektierertum!" stand. Der V. Parteitag läßt sich so ohne weiteres nicht mit einem Etikett versehen.

Fünf Tage hat er Probleme der Partei und des Klassenkampfes diskutiert und er hat für den weiteren Kampf der Partei wichtige Beschlüsse gefaßt. Insgesamt war er eher ein Parteitag der Diskussion, jedenfalls keiner der schnellen Abstimmungen.

Das war auch notwendig. In den fünf Jahren, die seit dem IV. Parteitag verstrichen sind, hat unsere Partei wichtige Entwicklungen durchgemacht, erhebliche Veränderungen ihrer Politik vorgenommen und sich in gewisser Weise auch selbst dabei verändert. Da war eine kritische Bestandsaufnahme überfällig.

Überwiegend im Zentrum der Diskussion des Parteitages stand die Einheitsfrontpolitik der Partei: in der Diskussion des Tätigkeitsberichts des Zentralkomitees, in der Debatte über die Resolutionen zum antifaschistisch-demokratischen Kampf, zum Friedenskampf, zum wirtschaftlichen Kampf.

Anders konnte es nicht sein; denn auf der Entwicklung ihrer Einheitsfrontpolitik lag das Schwergewicht der theoretischen und praktischen Anstrengungen der Partei seit dem IV. Parteitag. Die Zusammenfassung der dabei gemachten Erfahrungen ist nicht einfach.

Auf der einen Seite: Unbestreitbar hat die Partei gerade durch die Entwicklung ihrer Einheitsfrontpolitik eine gewisse, wenn auch noch leider sehr bescheidene, Steigerung ihres politischen Einflusses erreicht. In einer Reihe wichtiger Betriebe beispielsweise ist die politische Stellung der Partei heute eine völlig andere als zum Zeitpunkt des IV. Parteitages. In diesen Betrieben ist die Partei heute tatsächlich in der Lage, die reale Bewegung der Arbeiter und Angestellten zu beeinflussen. Ohne die Entwicklung der Einheitsfrontpolitik der Partei wäre das nicht denkbar.

Andererseits: Die gewaltigen Hoffnungen, die wir auf und nach dem IV. Parteitag gerade mit der Entwicklung der Einheitsfrontpolitik verknüpft haben, haben sich nicht erfüllt. Gemessen an diesen Erwartungen, war die Bilanz, die wir auf dem V. Parteitag zu ziehen hatten, eher ernüchternd.

Die Partei ist seit dem IV. Parteitag mitgliedermäßig nicht größer, sondern kleiner geworden. Dabei hat der Parteitag über die Gründe für die hohe Zahl von Austritten diskutiert. Der von der Partei unterstützte Aufbau von RGO und Volksfront blieb in seinen Fortschritten erheblich hinter unseren Erwartungen zurück. Und wenn wir auch tatsächlich Fortschritte in der Steigerung des politischen Einflusses der Partei verzeichnen können — die auf dem IV. Parteitag und danach hochgesteckten Ziele haben wir bei weitem verfehlt.

Natürlich: Unsere damaligen hochfliegenden Pläne gingen nicht von einer realistischen Beurteilung der objektiven Bedingungen und Möglichkeiten aus. Der Parteitag hat an der Tätigkeit des alten Zentralkomitees sehr klar diese idealistischen und illusionären Zielsetzungen kritisiert.

Doch auch andere Fehler sind zu nennen. Der IV. Parteitag hat sicher den Weg freigeschossen für die Entwicklung der Einheitsfrontpolitik der Partei, aber ein wirkliches Verständnis dafür, welche Anforderungen Einheitsfrontpolitik an die Partei stellt, hatten wir noch nicht. Vieles, was wir zur Überwindung des linken Sektierertums in Angriff nahmen, war selbst noch sektiererisch. So hat der V. Parteitag festgestellt, daß im Vorgehen der Partei im Zusammenhang mit der Gründung der Volksfront „schwerwiegende linkssektiererische Fehler" gemacht worden sind, insofern sich dabei nicht genügend mit bestehenden antifaschistischen Organisationen auseinandergesetzt wurde, teilweise der falsche Anspruch erhoben wurde, die Volksfront sei bereits der Zusammenschluß der Antifaschisten, durch dieses Vorgehen Ansätze antifaschistischer Arbeit in bestehenden Initiativen zum Teil liquidiert wurden.

Der Parteitag hat aber völlig eindeutig den Kurs in Richtung der Weiterentwicklung der Einheitsfrontpolitik der Partei festgelegt. Auf dem Gebiet des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus und des gewerkschaftlichen Kampfes hat er die politischen Auffassungen, für die unsere Partei in diesen Bewegungen besonders eintritt, konkretisiert und zusammengefaßt. Er hat klargestellt, daß Einheitsfrontpolitik die aktive Teilnahme an den spontanen Bewegungen zur Voraussetzung hat, daß sie sich darin aber nicht erschöpfen kann und darf. Die Verwirklichung der Einheitsfront kann nicht einfach als Ergebnis spontaner Bestrebungen erwartet werden, bewußte politische Anstrengungen sind nötig, damit die vielfältigen spontanen Bestrebungen der Massen zu **einer** großen politischen Kraft gegen das Kapital und die politische Reaktion werden.

Dabei hat sich der V. Parteitag dafür ausgesprochen, daß im Rahmen der Einheitsfrontpolitik der Partei die Unterstützung der RGO und der Volksfront auch weiterhin einen wichtigen Stellenwert hat. Unumstritten war diese Auffassung auf dem Parteitag nicht, wie sie ja auch in der Partei insgesamt nicht unumstritten ist. Die Argumente jener Genossinnen und Genossen, die diese Auffassung nicht teilen, fanden auf dem Parteitag Gehör und wurden diskutiert. Die Diskussion aber ergab eine sehr große Mehrheit des Parteitages für die Unterstützung von Volksfront und RGO — eine Mehrheit, die die kritische Überprüfung der bisherigen Praxis nicht ausschloß, sondern forderte.

In der Entwicklung unserer Partei in den letzten Jahren erwies sich zunehmend als Mangel, daß zwar die Diskussion um die Taktik der Partei sehr intensiv geführt wurde, daß demgegenüber aber die Weiterentwicklung der politisch-ideologischen Grundlagen der Partei und ihrer grundlegenden programmatischen Auffassungen erheblich zu kurz kam. Der Parteitag hat in einer Resolution „Sozialistische Demokratie und die Diktatur des Proletariats" wesentliche Fragen zur revisionistischen Entartung der ehemals sozialistischen Länder, zur Analyse der staatskapitalistischen Systeme dieser Länder, zur Klärung der Vorstellungen unserer Partei über den Weg des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft und über die Möglichkeiten der Verhinderung des Emporkommens einer neuen Ausbeuterklasse zusammengefaßt. Um wesentliche Fortschritte in der Klärung dieser Fragen soll die Partei sich nach dem Willen des Parteitages bemühen. Dafür Sorge zu tragen ist ein wichtiger Auftrag dieses Parteitags an das neue Zentralkomitee.

Der Parteitag war aus Zeitgründen nicht in der Lage, sich mit einem ihm vorliegenden Resolutionsentwurf zur Entwicklung der Partei auseinanderzusetzen. Er hat beschlossen, daß dieser Resolutionsentwurf in der Partei gründlich diskutiert werden soll.

Der Parteitag hat beschlossen, daß noch vor dem nächsten ordentlichen Parteitag in zwei Jahren ein außerordentlicher Parteitag stattfinden soll, der Ergebnisse der Sozialismus/Revisionismus-Diskussion zusammenfassen und ein neues Programm der Partei diskutieren soll. Dieser außerordentliche Parteitag soll auch ein neues Statut der Partei verabschieden, nachdem der V. Parteitag es nicht mehr schaffen konnte, einen ihm vorliegenden neuen Statut-Entwurf zu diskutieren und sich auf einige Änderungen des geltenden Statuts beschränken mußte.

Es bleibt also auch nach diesem V. Parteitag genug Stoff für die Parteidiskussion, zumal der Parteitag das neue Zentralkomitee auch beauftragt hat, binnen drei Monaten Stellungnahmen zur Einschätzung der Sozialdemokratie und zur Haltung der Partei bei parlamentarischen Wahlen zur Diskussion in die Partei zu geben.

Es sind viele Probleme, um deren Klärung die Partei sich bemühen muß. Sie muß und wird dies nicht im luftleeren Raum tun, sondern gestützt auf die Erfahrungen und die Kontinuität ihres nunmehr 15jährigen Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus. Für die Kontinuität dieses Kampfes steht der Name des Genossen Ernst Aust, der die Partei begründet und über 15 Jahre geführt hat.

Genosse Aust hat auf dem Parteitag seinen Entschluß erläutert, nicht mehr für den Vorsitz der Partei zu kandidieren. Der Parteitag mußte diesen Gründen Respekt und Achtung zollen. Mit langanhaltendem Beifall und stehenden Ovationen dankte der Parteitag Ernst Aust und würdigte seine Leistung für die Partei. Daß Genosse Ernst Aust als Mitglied des Zentralkomitees weiterhin an der Führung der Partei teilnimmt, wird für die Partei eine große Hilfe sein.

Der V. Parteitag war eher ein Parteitag der Diskussion — diese anfangs getroffene Beurteilung ist sicher zutreffend. Mißverstanden werden darf das nicht: Dieser Parteitag diskutierte, damit die Partei ihre praktischen Aufgaben im Klassenkampf besser als bisher erfüllen kann. Ein Parteitag der Diskussion — aber der einer Kampfpartei. Deshalb wurde die Kritik des Parteitages auch dort besonders klar, wo die Partei ihre Aufgaben im Klassenkampf nicht im notwendigen Umfang erfüllt.

Mehrfach kritisierten die Delegierten des Parteitages das bisher ungenügende Eingreifen der Partei in den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Der Parteitag unterstrich, daß die gegenwärtig die zentrale gewerkschaftliche Forderung der Arbeiterklasse ist, daß die Wahrscheinlichkeit besteht, daß der Kampf um diese Forderung zu einer der wichtigsten Klassenauseinandersetzungen der Nachkriegszeit werden wird, daß auch die Partei den Kampf um diese Forderung in der nächsten Zeit ins Zentrum ihrer Politik stellen muß. Das neue Zentralkomitee ist beauftragt, unverzüglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Die gesamte Partei ist aufgerufen, sich der Hetzkampagne der Unternehmerverbände und der politischen Reaktion entgegenzustellen, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Kampfeinheit der Arbeiterklasse für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu stärken.

Horst-Dieter Koch

Tiefempfundener Dank für Deine Arbeit

Die folgenden Worte eines Genossen aus dem Zentralkomitee der Partei an den Genossen Ernst Aust, den Mitbegründer und bisherigen Vorsitzenden der Partei, wurden auf dem Parteitag immer wieder von anhaltendem Beifall unterbrochen. Zum Schluß erhoben sich alle Anwesenden von ihren Plätzen und brachten so ihren Dank und ihre Achtung für den Genossen Ernst Aust zum Ausdruck.

Gleichzeitig brachte der Parteitag auch seinen Dank an die Genossin Waltraud Aust zum Ausdruck, die gemeinsam mit dem Genossen Ernst Aust an der Gründung unserer Partei maßgeblich beteiligt war und ihren besonderen Beitrag für die Partei durch ihre Arbeit in der Zentralen Parteikontrollkommission leistete, für die sie nun aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidierte.

Lieber Genosse Ernst,

das Zentralkomitee respektiert Deine Entscheidung, nicht mehr für den Vorsitz der Partei zu kandidieren. Ich glaube aber, ich spreche im Namen aller Genossinnen und Genossen des Parteitages, wenn ich Dir den tiefempfundenen Dank für Deine Arbeit für die Partei ausspreche.

Durch alle Stürme der Parteigeschichte hindurch warst Du, Genosse Ernst, für mich und viele andere die Garantie dafür, daß die Partei sich stets auf die Arbeiterklasse ausrichtet. Wenn heute, wo viele linke Gruppierungen untergegangen sind, unsere Partei lebt — wenn sie auch einen, wenn auch noch geringen, doch wachsenden Einfluß in der Arbeiterklasse hat — so ist das nicht zuletzt Deinem standhaften Kampf für den proletarischen Charakter der Partei zuzuschreiben.

Wir verstehen, daß Du nicht mehr so wie bisher im Zentrum des Parteigetriebes stehen möchtest. Aber die Partei braucht Dich auch weiterhin.

Du verkörperst in unserer Partei die Verbindung zu den ruhmreichen Traditionen der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei. Unsere jungen Genossen können von Dir lernen, wie man ein ganzes Leben lang kämpft und der Sache der Arbeiterklasse stets treu bleibt.

Wir wünschen Dir und uns, daß Du noch viele Jahre lang gemeinsam mit uns arbeiten kannst — für den Sieg des Sozialismus in Deutschland.

Ankündigung

In Kürze erscheint eine Dokumentation mit den Materialien des V. Parteitags der KPD. Die Dokumentation erscheint als Sondernummer der „Kommunistischen Hefte" zum Preis von 6,—DM.

Inhalt:

Politischer Bericht — Politische Resolutionen — Grußadressen — Bericht über den V. Parteitag der KPD

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Resolution zum wirtschaftlichen Kampf

Die Lage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und Westberlin ist wesentlich dadurch gekennzeichnet, daß die Kapitalisten seit Jahren erfolgreich Verschlechterungen ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen durchsetzen konnten: Um nur das Wichtigste zu nennen:

• Seit 1980 ist der Reallohn ständig gesunken und die Kapitalisten wollen eine weitere Verbilligung der Arbeitskraft durch Lohnabbau und durch Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten (insbesondere Lohnfortzahlung, Unternehmeranteile an den Versicherungsbeiträgen) durchsetzen;

• Infolge der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung, infolge der ungeheuren Rationalisierung der Produktion und Intensivierung der Arbeit hat die Arbeitslosigkeit ein enormes Ausmaß erreicht. Ihr weiterer Anstieg droht und zunehmend sind ganze Belegschaften durch den Verlust ihrer Arbeitsplätze bedroht;

• Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurde gekürzt und sollen noch weiter gekürzt werden. Zusätzlich sind die Bedingungen für den Bezug dieser Lohnersatzleistungen derart verändert worden, daß die Zahl der Bezugsberechtigten kleiner wurde;

• Die Kapitalisten und die politische Reaktion untergraben wesentliche Positionen wie das Tarifvertragssystem und versuchen es tendenziell zu liquidieren, um so den gewerkschaftlichen Widerstand zu erschweren, damit sie diese umfassenden Angriffe auf die materiellen Interessen der Arbeiterklasse um so sicherer verwirklichen können.

Seit der Wende in Bonn und dem Wahlsieg der Reaktion im März 1983 treiben die Kapitalisten die Kampagne gegen praktisch alle materiellen Interessen der Lohnarbeit offensichtlich verstärkt voran. Sie können sich dabei jetzt auf eine Regierung stützen, die ihnen nötigenfalls auch in offener Konfrontation mit den Gewerkschaften eine relative Stabilität wahren kann.

Diesen Angriffen von Kapital und Regierung steht bisher noch keine breite Widerstandsfront der Arbeiter gegenüber. Bei einem Teil der Arbeiterschaft verstärkt sich die Forderungen, daß die Gewerkschaften nicht Schritt für Schritt zurückgehen dürfen, sondern den Kampf gegen Lohnabbau, Massenentlassungen, Sozialabbau und Rüstungswahnsinn aufnehmen müssen. Bei einem anderen Teil gibt es — unter anderem aufgrund der jahrzehntelangen Orientierung der Gewerkschaften auf Klassenzusammenarbeit — auch verstärkt resignative Tendenzen.

Hier setzt die Propaganda der Reaktion an, die die Schädlichkeit des gewerkschaftlichen Eintretens für die proletarischen Klasseninteressen behauptet, die den Gedanken des Nutzens der gewerkschaftlichen Organisierung in der Arbeiterklasse untergraben und dadurch zersetzend auf die Gewerkschaften einwirken will.

Auf der Grundlage der Sozialpartnerschaft kann diesen Angriffen der Reaktion nicht wirksam begegnet werden. Im Gegenteil: Gerade die Sozialpartnerschaftskonzeption der Gewerkschafts-Führung ist für die Niederlagen der letzten Jahre verantwortlich. Die illusorische Vorstellung — genährt durch die materiellen Erfolge dieser Politik vor allem in den 60er Jahren — Arbeiterinteressen könnten durch Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und in Rücksichtnahme auf deren Interessen gewahrt werden, wird die Gewerkschaften immer weiter in die Defensive bringen. Es gibt nur einen Ausweg: die konsequente Mobilisierung der Belegschaften im Kampf für ihre eigenen Interessen. Es ist die Aufgabe der Partei, hier einen entsprechenden Kampf für einen entsprechenden Umschwung herbeizuführen. Das heißt einerseits, in den gewerkschaftlichen Gremien den sozialpartnerschaftlichen Kurs zu kritisieren und entschieden für eine klassenkämpferische Politik der Gewerkschaften einzutreten. Es bedeutet andererseits, daß wir dafür kämpfen, daß für die gewerkschaftlichen Forderungen seitens der Gewerkschaften auch voll mobilisiert wird und daß wir in den Betrieben mit unseren Kräften auch eine solche Mobilisierung entfalten.

Zur Lage in den Gewerkschaften

Durch die Verschärfung der Krise geraten die Gewerkschaften zunehmend unter Druck. Tagtäglich werden in den Betrieben erkämpfte Positionen der Belegschaften rückgängig gemacht, Rechte der Betriebsräte eingeschränkt, engagierte Vertrauensleute entlassen, Tarifverträge unterlaufen. Zum ersten Mal seit dem Krieg gibt es einen Rückgang der Mitgliederzahlen bedingt einerseits durch das Herausfallen der Arbeitslosen aus dem gewerkschaftlichen Aktionsrahmen und andererseits durch zunehmenden Vertrauensschwund in die Durchsetzungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in Teilen der Arbeiterschaft.

Diese Lage hat ihre Wirkung in der gewerkschaftlichen Diskussion und in den Beschlüssen der Vorstände. Der Beschluß des IGM-Vorstandes zum Beispiel, mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche in die Offensive zu gehen, wurde durchaus auch unter dem Gesichtspunkt diskutiert, für die Gewerkschaft Handlungsspielraum zurückzugewinnen.

Weil die krisenhafte kapitalistische Entwicklung der letzten Jahre die Untauglichkeit der Sozialpartnerschaftskonzeption zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse gegen die Krisenangriffe der Kapitalisten immer offensichtlicher hat werden lassen, wird heute auch in den Gewerkschaften die Auseinandersetzung um den gewerkschaftlichen Kurs breiter und zugespitzter geführt.

Dabei haben sich auch Vorstandsmitglieder verschiedener Einzelgewerkschaften in der letzten Zeit öffentlich gegen die Sozialpartnerschaftsvorstellung ausgesprochen. Andererseits lehnen rechte Gewerkschaftsführungen — wie die der IG Chemie, IG Bau, Steine, Erden, IG Bergbau und Energie u. a. — nicht nur weiterhin gewerkschaftlichen Widerstand gegen die unternehmerischen Krisenangriffe ab, sondern treten zunehmend offen spalterisch auf und geben beispielsweise in der Frage der 35-Stunden-Woche bereits objektiv den Kronzeugen ab für die massive Kampagne der Unternehmerverbände und der politischen Reaktion gegen diese derzeit wichtigste gewerkschaftliche Forderung.



Diese objektiv im Interesse der Unternehmer und der politischen Reaktion liegende Spaltertätigkeit muß heute vor allem bekämpft werden. Gegen die Angriffe der rechten Führer verteidigen und unterstützen wir die Haltung jener, die heute mehr oder weniger klar und eindeutig Kritik am sozialpartnerschaftlichen Kurs üben.

Wir müssen aber auch darauf drängen, daß die Kritik an der sozialpartnerschaftlichen Konzeption Folgen für die gewerkschaftliche Praxis hat. So wichtig und positiv es für die innergewerkschaftliche Diskussion ist, wenn auch führende Gewerkschaftsfunktionäre von dem Begriff der Sozialpartnerschaft abrücken, so bleibt natürlich ausschlaggebend, daß die sozialpartnerschaftliche Praxis tatsächlich beendet wird, daß im praktischen Kampf der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Unternehmerangriffe entfaltet wird. Dadurch, daß immer mehr aktive Gewerkschafter die Frage nach dem generell zu steuernden Kurs aufwerfen, gewinnt auch die oppositionelle Bewegung in den Gewerkschaften deutlich an Breite und Einfluß. Sie hat auch durch vermehrte örtliche und überregionale Zusammenschlüsse an Organisiertheit gewonnen. Insgesamt ist der Spielraum der klassenkämpferischen Kräfte in den Gewerkschaften gewachsen. Es ist aber weiterhin eine Schwäche dieser Bewegung, daß sie noch sehr wenig in die Mitgliedschaft der Gewerkschaften und in die Betriebe hineinwirkt, um gestützt auf die Basis eine Änderung in der Politik der Gewerkschaften zu erzwingen.

Es ist indessen eine Illusion zu glauben, daß es einen Kurswechsel in den Gewerkschaften geben könnte, ohne die Grundlage eines Stimmungswandels in den Betrieben, ohne daß eine klassenkämpferische Haltung in der Mitgliedschaft größeren Einfluß gewinnt. Gerade an dieser Überlegung setzt die Taktik der RGO an. Die wesentlichen Einschätzungen, die die Partei veranlaßt haben, den Aufbau der RGO zu unterstützen, halten wir nach wie vor für richtig:

• Die DGB-Gewerkschaften spielen nach wie vor insofern eine zurückzerrende Rolle in der Arbeiterbewegung, als sie die Arbeiter auf die Klassenzusammenarbeit orientieren;

• Systematisch und bewußt soll — von der Abschaffung von Mitgliederversammlungen bis hin zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen — verhindert werden, daß die Mitgliedschaft Einfluß auf den Kurs der Gewerkschaften nehmen kann;

• Deshalb bedarf es einer eigenständigen mobilisierenden und organisierenden Arbeit in den Betrieben, um die Kollegen für einen klassenkämpferischen Kurs zu gewinnen und diesem Kus entsprechenden Einfluß in den Gewerkschaften zu verschaffen;

• Wir können für einen solchen Kurs weit über die Reihen der Kommunisten hinaus Unterstützung finden;

• Nur wenn wir die so gewonnenen Kräfte in einer bundesweiten Organisation zusammenschließen, können wir nachhaltige Erfolge für die Änderung des Kurses der DGB-Gewerkschaften erlangen.

Natürlich dürfen wir den Aufbau der RGO nicht der Arbeit in den Gewerkschaften entgegenstellen, wie es in der Gründungsphase der RGO teilweise der Fall war. Im Gegenteil: Die RGO muß mit beiden Beinen in der Gewerkschaftsarbeit stehen. Was uns von anderen oppositionellen Gewerkschaftern unterscheidet ist nicht, daß **sie** ganz in der Gewerkschaft arbeiten und **wir** nur halb, sondern daß wir **anders** in den Gewerkschaften arbeiten. Wir halten es nicht für ausreichend, in den gewerkschaftlichen Gremien zu arbeiten, sondern versuchen — ganz gleich, ob wir in den Gremien in der Mehrheit oder Minderheit oder gar nicht vertreten sind — in die betrieblichen Kämpfe einzugreifen. Wir versuchen, einen möglichst großen Teil der Belegschaft für einen klassenkämpferischen Kurs zu gewinnen und zu organisieren. Das ist der Inhalt des RGO-Konzepts, und das halten wir nach wie vor für richtig. Auf dieser Grundlage haben wir in den vergangenen Jahren in den Gewerkschaften und Betrieben durchaus etwas in Bewegung gebracht. Das ist auch die Grundlage dafür, daß es uns inzwischen an sehr vielen Betrieben gelingt, mit anderen fortschrittlichen und oppositionellen Gewerkschaftern zusammenzuarbeiten.

Die Erfahrung hat uns allerdings auch gezeigt, daß längst nicht alle diese Kollegen bereit sind, sich in der RGO zu organisieren. Wir haben auch festgestellt, daß das enge organisatorische Konzept der RGO zusätzliche Barrieren schafft. Von daher sind die Ergebnisse des 3. RGO-Kongresses zu begrüßen, der den Aufbau und die Arbeit betrieblicher Kollegengruppen einerseits und die Stärkung und Vereinigung aller oppositionellen Kräfte andererseits in den Mittelpunkt seiner Beratungen stellte. Es ist ganz entschieden unsere Aufgabe als Kommunisten, uns für die Vereinigung und Organisierung aller oppositionellen Kräfte einzusetzen und sie im gemeinsamen Kampf davon zu überzeugen, sich als Teil einer Bewegung zu begreifen, die auf eine Änderung nicht nur in einem konkreten Betrieb sondern im gesamten gewerkschaftlichen Kampf abzielt. Deshalb werben wir in unserer gemeinsamen Arbeit dafür, sich in einer überbetrieblichen, nationalen Organisation zusammenzuschließen. Das scheint uns nach wie vor die einzige Möglichkeit, die klassenkämpferische Opposition in den Gewerkschaften zu stärken. Der Aufbau der RGO steht nicht in Widerspruch zur Arbeit in den Gewerkschaften, sondern das **ist** unsere Arbeit in den Gewerkschaften.

Betriebsrats-Wahlen

Unter den genannten Gesichtspunkten sind die kommenden Betriebsrats-Wahlen von besonderer Bedeutung. Die Erfahrungen — und keineswegs nur unsere — haben gezeigt, daß sich betriebliche Kollegengruppen am leichtesten um die Betriebsrats-Wahl aufbauen lassen. Da sehen die Kollegen die Möglichkeit, Einfluß in den Entscheidungsgremien zu bekommen und damit wirklich etwas zu verändern. Jeder Kollege weiß, welch großen Einfluß eine fortschrittliche Mehrheit im Betriebsrat oder im Vertrauensleutekörper auf die Haltung der ganzen Belegschaft haben kann. Angesichts der Tatsache, daß die Kapitalisten durch Massenentlassungen, Betriebsstillegungen und Abbau des betrieblichen Lohnniveaus zunehmend die Arbeiterklasse auf Betriebsebene angreifen, kommt der Veränderung der Machtverhältnisse in den betrieblichen Gremien große Bedeutung zu und stößt in vielen Belegschaften auf zunehmendes Interesse. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint ein Zusammenschluß aller oppositionellen Kräfte im Betrieb nicht nur möglich sondern auch notwendig.

Die letzten Betriebsrats-Wahlen haben eine durchaus erfreuliche Bandbreite an Möglichkeiten unseres Eingreifens aufgezeigt: von der Persönlichkeitswahl, über die Kandidatur auf Gewerkschaftslisten bis hin zu breiteren oppositionellen Listenzusammenschlüssen und RGO-Listen. Die Erfahrung hat allerdings gezeigt, daß in Großbetrieben breite oppositionelle Listen oder auch RGO-Listen häufig das wirksamste Mittel sind, Teile der Belegschaften gegen den Sozialpartnerschafts-Kurs zu mobilisieren und eine klare politische Front herzustellen. Die Meinung, daß das im Widerspruch zur Arbeit in den Gewerkschaften steht, weil es die Gefahr von Ausschlüssen mit sich bringt, teilen wir nicht.



Oppositionelle Listen sind ja im übrigen keineswegs eine Erfindung unserer Partei. Offensichtlich sind auch vor und neben uns Gewerkschafter zu der Ansicht gekommen, daß oppositionelle Listen ein wesentliches Mittel sind, um ihre Vorstellung von Gewerkschaftsarbeit durchzusetzen — auch auf die Gefahr des Ausschlusses hin. Dieses Risiko ist unvermeidlich mit einer eigenständigen Mobilisierung und Organisierung in den Gewerkschaften auf der Basis des Klassenkampfes verbunden. Wir müssen es — bei aller gebotenen Klugheit — auf uns nehmen, wenn wir in den Gewerkschaften etwas mehr in Bewegung setzen wollen als uns selber.

Die wichtigsten Fronten des wirtschaftlichen Kampfes

Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich ist die derzeit wichtigste wirtschaftliche Forderung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften. Ihr Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung und gegen die Intensivierung der Arbeit ist offenkundig.

Daneben hatten in der letzten Zeit Kämpfe besondere Bedeutung, die sich direkt gegen Massenentlassungen, Betriebsschließungen bzw. Teilstillegungen richteten. Solche Kämpfe werden voraussichtlich auch in den nächsten zwei Jahren Bedeutung haben.

Schließlich ist der Reallohnabbau ein drückendes Problem der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung, zumal aus Unternehmerkreisen neue Angriffe auf das Lohnniveau angekündigt werden.

Dabei kann sich der Kampf um die 35-Stunden-Woche zur bislang schärfsten und umfangreichsten Klassenauseinandersetzung zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse entwickeln. Die Durchsetzung dieser Forderung könnte im Kampf gegen einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und für die Rückgliederung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß erste Erfolge bringen und einem schnellen Verschleiß der Arbeitskraft durch die verstärkte Intensivierung der Arbeit entgegenwirken.

Der volle Lohnausgleich ist ein untrennbarer Bestandteil dieses Kampfes. Wir verstehen darunter, daß eine Vereinbarung über die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit nicht mit einer nominalen Senkung der Löhne verbunden sein darf und nicht mit einem Verzicht darauf, in den Lohntarifbewegungen alle gewerkschaftlichen Möglichkeiten zur Abwehr eines Abbaus der Reallöhne auszuschöpfen.

Wir unterstützen jene gewerkschaftlichen Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, zu verhindern, daß eine durchgesetzte Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von den Kapitalisten durch Intensivierung der Arbeit und nicht durch entsprechende Neueinstellungen (Personalausgleich) ausgeglichen wird.

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist gegenwärtig die zentrale Forderung, um die sich die Arbeiterklasse im Kampf zusammenschließen kann. Die entschlossene Aufnahme des Kampfes zur Durchsetzung dieser Forderung bietet die Chance, gegenüber den Unternehmern wieder in die Offensive zu kommen. Ihre Durchsetzung auf dem Verhandlungsweg allerdings erscheint angesichts der absolut unnachgiebigen Haltung der Kapitalisten als völlig ausgeschlossen.

Zweifellos kann der Kampf um die 35-Stunden-Woche auch für die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik von großer Bedeutung sein: Nach einem hart und massenhaft geführten Kampf wird es der Gewerkschafts-Führung nicht mehr ohne weiteres möglich sein, zur sozialpartnerschaftlichen Tagesordnung überzugehen. Sie sucht darum auch bereits fieberhaft nach Möglichkeiten, durch Verzicht auf Lohnausgleich und langfristige Stufenmodelle den Unternehmern goldene Brücken zu bauen und so den Kampf zu vermeiden. Hinzu kommt die offene Sabotage dieses Kampfes seitens der Führungen der NGG, IG Chemie, BSE.

Eine kampflose Niederlage kann andererseits unabsehbaren Vertrauensverlust in die Gewerkschaften mit sich bringen. Wir müssen darum faulen Kompromissen entgegentreten und die Arbeiterklasse auf einen entschlossenen Kampf hin orientieren.

Im Vorfeld dieser wichtigen Klassenauseinandersetzungen müssen wir feststellen: die Hetzkampagne der Unternehmer und der politischen Reaktion ist massiv und keineswegs wirkungslos. Die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit der Gewerkschaften dagegen ist bei weitem noch zu schwach. Es muß dafür gekämpft werden, daß sie stärker und offensiver wird, und wir müssen unsererseits alles dafür tun, daß die gewerkschaftlichen Argumente breit in die Belegschaften getragen werden.

Unabhängig davon ist es die Pflicht der Partei, selbst so massiv und wirkungsvoll, wie es in ihren Kräften steht, den Versuchen der Unternehmern, die öffentliche Meinung gegen diese gewerkschaftliche Forderung aufzuhetzen, entgegenzutreten. Der Parteitag beauftragt das neue Zentralkomitee, dafür Sorge zu tragen, daß das von der gesamten Partei — von den Betriebszellen und den Stadtteilzellen — verwirklicht werden kann.

Im Falle von Streiks werden die Kapitalisten mit hoher Wahrscheinlichkeit den Knüppel der Aussperrung schwingen. Das muß nicht nur in der innergewerkschaftlichen Diskussion über die Streiktaktik berücksichtigt werden, es muß auch damit beantwortet werden, daß in der breiten Öffentlichkeit der antidemokratische Charakter des unternehmerischen Aussperrungsterrors entlarvt wird, mit Nachdruck die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung und nach Beseitigung aller Einschränkungen des Streikrechts erhoben wird.

- Die zunehmende Arbeitsplatzvernichtung hat auf dem Hintergrund steigender Massenarbeitslosigkeit verstärkt zur Besetzung auch von größeren Betrieben geführt. Trotz bisher überwiegender Niederlagen haben diese Kämpfe innerhalb der betroffenen Belegschaften und in den Gewerkschaften und Betrieben zu breiten Diskussionen geführt über den Nutzen solcher Kampfformen und den sozialpartnerschaftlichen Kurs stark in Frage gestellt.

Betriebsbesetzungen haben gegenwärtig mehr noch als normale Streiks eine mobilisierende Signalwirkung nicht nur auf die betroffenen Belegschaften, sondern auch auf andere von den Betriebsschließungen wirtschaftlich betroffenen Schichten der Bevölkerung. Sie sind geeignet, Teile des Kleinbürgertums in den Kampf einzubeziehen und so an die Seite der Arbeiterklasse zu führen.

Forderungen nach der ausdrücklichen Übernahme dieses Kampfmittels in die Satzungen der Gewerkschaften und nach Schaffung von Tarifverträgen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsschließungen — die bisher im tariffreien Raum abliefen — halten wir für nützlich und unterstützenswert, um den Gewerkschaften auch im juristischen Sinne legal ein Eingreifen in betriebliche Kämpfe zu ermöglichen.

Erfahrungen bei Betriebsbesetzungen und ähnlich bedeutenden Kämpfen der Arbeiterklasse müssen von der Partei nach Möglichkeit vor Ort untersucht, verallgemeinert und der gesamten Partei zugänglich gemacht werden.

- In der zugespitzten Lage bei Stahl und Werften wurde die Forderung nach Verstaatlichung von Betrieben und Branchen aufgeworfen, bei denen die Lösung der Krise auf „privatwirtschaftlicher" Grundlage die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen, Stillegungen ganzer Betriebe und Verelendung ganzer Städte und Regionen zur Folge hätte.

Wir verstehen diese Forderung nicht im Sinne einer Überführung der Produktionsmittel in die Hände des Volkes. Wir halten es für falsch, sie als Illusionsmacherei in den Staat usw. abzutun. Wie nämlich die Praxis zeigt, ist sie durchaus geeignet, die Spaltung der Arbeiter einer Branche in konkurrierende Belegschaften zu überwinden oder zu verhindern, das Argument der betriebswirtschaftlichen Rentabilität zu unterlaufen und den Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung politisch gegen das Finanzkapital und die Regierung zu orientieren.

Wir wissen, daß die Verstaatlichung unter kapitalistischen Bedingungen allein noch nicht Sicherung von Arbeitsplätzen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedeutet. Die Forderung nach Verstaatlichung muß daher untrennbar verbunden sein mit Forderungen wie Arbeitsplatzgarantie, 35-Stunden-Woche sowie nach absolutem Kontroll- und Vetorecht der Betriebsräte bei Entlassungen, Überstunden und Mehrarbeit.

- Zusätzlich zur seit 1980 betriebenen Senkung der Reallöhne durch entsprechend niedrige Tarifabschlüsse gehen die Kapitalisten zunehmend dazu über, auch auf Betriebsebene das Lohnniveau radikal zu senken durch pauschale Kürzung der Akkordvorgabezeiten usw. Wie der Fall Arbed und andere zeigen, nutzen die Kapitalisten die Angst der Belegschaften vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze dazu aus, selbst tarifvertraglich festgelegte Lohnbestandteile zu streichen und so Tarifverträge zu durchlöchern und wertlos zu machen. Der auf Betriebsebene vollzogene Lohnabbau hat teilweise bereits ein Ausmaß erreicht, das die Prozentzahlen, um die in Lohntarifverhandlungen gestritten wird, weit in den Schatten stellt.

Hier entsteht eine ernste Gefahr für den Bestand und die Kampfkraft der Gewerkschaften, die auf diesem Wege sturmreif geschossen werden sollen, um die Arbeiterklasse wehrlos den politischen und wirtschaftlichen Angriffen des Kapitals auszusetzen.

Neben der Forderung nach Sicherung der Reallöhne in der allgemeinen Tarifbewegung kommt der Forderung demnach zunehmende Bedeutung zu, daß die Gewerkschaften auch auf der Ebene der Betriebe den Kampf gegen den Lohnabbau und die Durchlöcherung der Tarifverträge aufnehmen und dafür wirksame Kampfformen entwickeln.

Es ist unsere Aufgabe als Kommunisten, diese Fragen offensiv in der oppositionellen Bewegung, in den Gewerkschaften und in der Arbeiterschaft zur Diskussion zu stellen und aktiv den Kampf dafür zu organisieren. Es ist unsere Aufgabe klarzumachen, daß der herrschende Kurs der Sozialpartnerschaft zwangsläufig in dieser von den Kapitalisten gewollten Niederlage der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung endet und daß nur durch eine entsprechende Wende in der Gewerkschaftspolitik der Bestand der Gewerkschaften und die Kampfkraft der Arbeiterklasse gesichert werden kann.

Diese Wende muß herbeigeführt werden. Tun wir das uns Mögliche dazu!

Resolution des V. Parteitags der KPD

Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats

Unsere Partei, die KPD (M-L), entstand und gründete sich im Kampf gegen den Verrat der modernen Revisionisten am Marxismus-Leninismus. Dabei entlarvte sie die Thesen und Theorien der revisionistischen Parteien vom friedlichen parlamentarischen Übergang zum Sozialismus, der sogenannten Strukturreformen, der antimonopolistischen Demokratie, der Klassenversöhnung, die Abschaffung des Demokratischen Zentralismus in den Parteien, die Ersetzung der revolutionären Arbeiterpartei in den revisionistischen Ländern durch die sogenannte Partei des ganzen Volkes, die Entstellung des leninschen Prinzips der friedlichen Koexistenz sowie die hegemonistische imperialistische Politik der Sowjetunion usw. usf als antimarxisitisch, antileninistisch.

Was die Partei damals nicht leistete bzw. zu leisten imstande war, war den gründlichen und wissenschaftlichen Nachweis zu führen, wie es in den revisionistischen Ländern konkret zur Entartung des Sozialismus, zum Entstehen einer neuen Ausbeuterordnung gekommen war, was nicht heißt, daß es inzwischen nicht diesbezügliche Einschätzungen und Analysen seitens unserer Partei und anderer marxisitisch-leninistischer Parteien wie die der Partei der Arbeit Albaniens gibt.

Die Klassenkampfsituation in der Bundesrepublik, die Verschärfung der Krise, das dadurch zwangsläufig wachsende Suchen der Arbeiterklasse nach einem Ausweg machen es für die Partei besonders wichtig — gegen die antikommunistische Propaganda der Bourgeoisie — den werktätigen Massen unseres Landes konkret an anschaulichen Beispielen den Nutzen, den Vorteil zu verdeutlichen, den ihnen der Sozialismus bringt. Das allein aber genügt heute keineswegs, da dem spontanen Streben der Arbeiterklasse zum Sozialismus das abschreckende Beispiel des „realen Sozialismus" in den revisionistischen Ländern, die sich selbst als sozialistisch bezeichnen und von der Bourgeoisie des Westens als solche bezeichnet werden, entgegensteht. Das aber erfordert:

Einmal: Die falschen, in den Kreisen der Linken verbreiteten Auffassungen, daß es sich bei den revisionistischen Staaten noch immer um sozialistische, wenn auch mit vielen Schwächen behaftete, entartete Länder handele, zurückzuweisen. Auf die Einwände der modernen Revisionisten, daß es in den revisionistischen Ländern, wie z. B. der DDR, kein Privateigentum, keine Arbeitslosigkeit, keine Überproduktionskrisen etc. gebe, eine überzeugende Antwort geben. An den vielfach vorhandenen praktischen Beispielen wie auch theoretisch den wissenschaftlichen Nachweis führen, daß die revisionistische Entartung der Länder Osteuropas zum Entstehen einer neuen Ausbeuterordnung, einer neuen herrschenden Klasse führte. So müßte für die revisionistischen Länder untersucht werden:

Wie haben sich die Klassenverhältnisse und die ökonomische Basis entwickelt? Die Stellung der Klassen zu den Produktionsmitteln und in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit. Welche Rolle spielt der Staat in der gesellschaftlichen Reproduktion? Welche ökonomische Basis und welche Zielsetzung liegen den Außen-Länder zugrunde?

Dabei hält die Partei an ihrer Auffassung fest, daß es sich bei den revisionistischen Ländern Osteuropas um kapitalistische Staaten handelt, in denen die Arbeiterklasse von einer neuen Bourgeoisie, bestehend aus den Spitzen der Partei, des Staates, der Wirtschaft, des Militärs, ausgebeutet wird. Eine neue Bourgeoisie, die die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel hat und den durch die Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwert zu ihrem persönlichen Nutzen verteilt.

Sie hält fest an ihrer Auffassung, daß die Sowjetunion ein Land mit einer imperialistischen Politik ist, dessen aggressives Streben es ist, andere Länder unter ihre Kontrolle zu bringen. Dabei steht sie und ihr Militärbündnis, der Warschauer Pakt, mit der anderen Supermacht, dem USA-Imperialismus und der unter seinem Oberbefehl stehenden NATO im Kampf um die Neuaufteilung der Welt. In diesem Kampf sehen wir die Hauptgefahr für den Ausbruch eines neuen imperialistischen Weltkriegs.

Unsere Partei ist auch weiterhin der festen Ansicht, daß nur eine erneute sozialistische Revolution, die zum Sturz der neuen Bourgeoisie führt, der Arbeiterklasse in den einzelnen revisionistischen Ländern den Weg zum Sozialismus wiedereröffnen kann.

Zum anderen: muß die Partei gründlicher als bisher die Untersuchung darüber führen, warum es in den revisionistischen Ländern zur Entartung, zur Liquidierung des Sozialismus kommen konnte. Die bisherigen Einschätzungen und Untersuchungen der Partei in diesem Bereich halten wir für richtig, allerdings reichen sie nicht aus. Sie gehen zu sehr auf die Erscheinungen, weniger aber auf die Ursachen ein, die zu dieser revisionistischen Entartung führten. Darauf z. B. wieso die Mitglieder der kommunistischen Parteien, die Arbeiterklasse dieser Länder ohne nennenswerten Widerstand den Machtantritt der einzelnen revisionistischen Gruppen und Cliquen hinnahmen und sich dazu im wesentlichen passiv verhielten.

Ein wesentliches Problem für die Diskussion ist die richtige Bestimmung des Verhältnissses von Arbeiterklasse, Staat und Partei, von sozialistischer Demokratie und Diktatur des Proletariats, von Volksbewaffnung und Militär. Wenn Diktatur des Proletariats das bedeutet, was sowohl Marx als auch Lenin darunter verstanden, nämlich die Herrschaft der Arbeiterklasse als Klasse (der „assoziierten Produzenten"); wenn die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann und nicht das Produkt eines passiven Proletariats, das durch wohlwollende und aufgeklärte Bevollmächtigte der Revolution erzogen wird, so wird klar, daß die führende Rolle der revolutionären kommunistischen Partei sowohl bei der Eroberung der Macht als auch beim Aufbau des Sozialismus nur darin bestehen kann, das Proletariat mit der Waffe des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus-Leninismus zu rüsten, seine Massenaktivitäten zu fördern, es für die revolutionäre Linie und Politik der Partei zu gewinnen, auf daß es seine führende Rolle wahrnehmen kann.

Keinesfalls aber kann es Aufgabe der Partei sein, sich an die Stelle der demokratisch gewählten Organe der proletarischen Staatsmacht zu setzen, Aufgaben des Staates, der Gewerkschaften etc. selbst als Partei zu übernehmen. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse kämpft für die Durchsetzung einer korrekten politischen Linie und um die politische Führung innerhalb der Organe des proletarischen Staates ohne sich selbst an seine Stelle zu setzen.

Unsere Partei hat in der letzten Zeit des öfteren zur Unabhängigkeit der Gewerkschaften im Sozialismus, die Wahl ihrer Vertreter durch die Arbeiter selbst und die Notwendigkeit der Entfaltung einer breiten Massendemokratie auch und gerade im Sozialismus betont und damit schon Schlußfolgerungen aus obiger Fragestellung gezogen. Diese gilt es zu untermauern und auch in anderen — wie in den vorgenannten — Bereichen des sozialistischen Staates und Lebens zu untersuchen.

Für die Partei kommt es nicht nur darauf an, den Revisionismus an der Macht zu kritisieren und seinen Entstehungsprozeß zu analysieren. Es kommt auch darauf an, die Punkte herauszuarbeiten, an denen die Arbeiterklasse für den Sozialismus zu begeistern ist. Es müssen aus dem revisionistischen Entartungsprozeß Lehren gezogen werden, die das westdeutsche Proletariat nach Erkämpfung der Macht in die Lage versetzen, die revolutionäre Entwicklung weiter voranzutreiben und den Kampf gegen eine revisionistische Entartung erfolgreich zu führen. Von daher ergibt sich die Fragestellung nach der Fortführung des Klassenkampfes im Sozialismus.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee in unserer Partei, gezielte Untersuchungen und Diskussionen unter folgenden Gesichtspunkten zu leiten:

1. Wissenschaftlich untermauern, daß es sich bei den revisionistischen Ländern des Ostens unter besonderer Beachtung der Sowjetunion und der DDR, nicht um sozialistische sondern eine neue Art kapitalistischer Staaten handelt.
2. Untersuchungen darüber zu führen, warum es in den revisionistischen Ländern zur Entartung, zur Liquidierung des Sozialismus kommen konnte, wobei man sich vor allem auf das Verhältnis von Arbeiterklasse, Staat und Partei sowie sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats konzentrieren sollte.
3. Lehren aus der revisionistischen Entartung hinsichtlich der Fortführung des Klassenkampfes im Sozialismus zu ziehen.
4. Im Zusammenhang mit dem zu erstellenden Kampfprogramm der Partei der westdeutschen Arbeiterklasse, den westdeutschen Werktätigen klar und überzeugend aufzuzeigen, wie sich die KPD eine sozialistische Bundesrepublik Deutschland vorstellt.
5. Überlegungen anstellen, wie die Partei eine breite Sozialismusdiskussion in der Arbeiterklasse und unter den revolutionären Sozialisten entfalten kann.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen, Feststellungen und Perspektiven sind im kommenden Jahr in ihren wesentlichen, für den Kampf um die Errichtung des Sozialismus notwendigen Teilen in das neue Kampfprogramm der Partei einzubeziehen und einem außerordentlichen Parteitag, der vor dem nächsten ordentlichen Parteitag der KPD einzuberufen ist, vorzulegen.

Tirana, den 31. Oktober 1983

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Grußadresse

Liebe Genossen,

aus Anlaß Eures V. Parteitages entbietet das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens Euch, den Delegierten des Parteitages, und allen deutschen Marxisten-Leninisten die herzlichen revolutionären Grüße der Kommunisten und des Volkes Albaniens.

Die Kommunistische Partei Deutschlands leistet an der vordersten Front der revolutionären Bewegung des Proletariats und der Volksmassen in Deutschland ihren Beitrag. Sie setzt sich dafür ein, die breiten Massen von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung und für eine wahrhaft sozialistische Gesellschaftsordnung zu überzeugen, und entlarvt dabei den revisionistischen Verrat und sein Produkt, den sogenannten realen Sozialismus; sie setzt sich dafür ein, die Massen in der Bewegung gegen die Vorbereitungen auf einen neuen imperialistischen Krieg, gegen Reaktion und Faschismus zu mobilisieren. Wir sind davon überzeugt, daß der 5. Parteitag der Kommunistischen Bruderpartei Deutschlands, gestützt auf die Lehren des Marxismus-Leninismus, einen neuen Abschnitt der Konsolidierung und Entwicklung der Partei selbst sowie ihrer Arbeit für die Verstärkung der Verbindung mit der Arbeiterklasse und den übrigen werktätigen und fortschrittlichen Schichten einleiten wird, damit sie ihr Vertrauen und ihre Achtung gewinnen und die revolutionäre Bewegung in Deutschland vorantreiben kann. Die Kommunisten, die Arbeiterklasse und das Volk Albaniens unterstützten und unterstützen den Kampf der Marxisten-Leninisten, der deutschen Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes für ihre gesellschaftlichen und nationalen Rechte, Interessen und Bestrebungen wie auch sie deren Solidarität und Unterstützung für unsere Partei, unser Volk und das sozialistische Albanien gespürt haben. Wir wünschen, daß sich die Beziehungen der Freundschaft und der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Parteien — geschmiedet im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, modernen Revisionismus und alle Kräfte der Reaktion und des gesellschaftlichen Rückschritts, für den Triumph der Sache des Sozialismus — auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus weiter entwickeln und festigen mögen.

Es lebe der V. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands! Es lebe die kämpferische Freundschaft zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und der Kommunistischen Partei Deutschlands! Ruhm dem Marxismus-Leninismus!



Im Namen des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens
Enver Hoxha
Erster Sekretär

An das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens

Grußbotschaft

Wir, die Delegierten des V. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, übersenden Euch, unserer albanischen Bruderpartei, ihrem Zentralkomitee mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze, herzliche brüderliche Kampfesgrüße.

Unser Parteitag beschäftigt sich intensiv mit der Frage, wie kann und muß sich unsere Partei weiterentwickeln, um angesichts der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise, des zunehmenden Drucks der Bourgeoisie und der wachsenden Kriegsgefahr, ihrer Aufgabe, die proletarischen, die werktätigen Massen an die Positionen der Partei, des Sozialismus heranzuführen, besser und wirksamer gerecht zu werden. Dabei sind die Erfahrungen Eurer Partei, auch wenn die Kampfbedingungen in unseren Ländern verschieden waren und sind, eine große Hilfe.

Wir wünschen Euch beim bisher so erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in Eurem Lande und der Festigung der proletarischen Diktatur weitere große Erfolge und hoffen, daß sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus weiter festigen und vertiefen werden.

Dortmund, den 6. November 1983

Mit revolutionären Grüßen
Ernst Aust
Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands



Resolution des V. Parteitags der KPD

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in den siebziger Jahren und der damit verbundenen Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals haben sich die imperialistische Konkurrenz auf dem Weltmarkt, der Kampf um die Behauptung und Ausdehnung von Einflußzonen und der Kampf um die Sicherung der Rohstoffzufuhren erheblich verschärft. Das hat vor allem zu einer Zuspitzung der Widersprüche zwischen den beiden imperialistischen Supermächten und zwischen den von ihnen dominierten Blöcken geführt und sich auch in grundlegenden Wandlungen der militärischen Strategien niedergeschlagen.

Beide Supermächte sind bestrebt, das sogenannte atomare Patt zu überwinden und eine deutliche Überlegenheit über die jeweils andere Seite zu gewinnen. Namentlich der US-Imperialismus hat diese Bestrebungen in den letzten Jahren entschieden vorangetrieben; seit dem Machtantritt der Reagan-Regierung ist die Orientierung auf einen „gewinnbaren Atomkrieg" gegen die sowjetische Supermacht auch zur offiziellen Leitlinie der US-Militärpolitik geworden. Gemäß dieser Linie wollen sich die amerikanischen Imperialisten die Fähigkeit sichern, das Kernwaffenpotential sowie die Kommando- und Kommunikationszentren der Sowjetunion und des Warschauer Pakts in einem atomaren Erstschlag auszuschalten.

Die Bedrohung mit einem solchen Erstschlag soll den sowjetischen Sozialimperialismus zum Verzicht auf eigene expansionistische Zielsetzungen zwingen und so die Sicherung und Ausweitung der US-Herrschaft über weite Teile der Welt garantieren. Die Strategie vom „gewinnbaren Atomkrieg" zielt jedoch nicht nur auf eine Eindämmung des sowjetischen Einflusses zugunsten des amerikanischen ab, sie orientiert letztlich auch auf den Übergang von der Androhung zur Verwirklichung eines atomaren Erstschlags, auf die endgültige Zerschlagung der sowjetischen Herrschaftsstrukturen. Den neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen kommt innerhalb dieser Strategie gerade deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil die US-Imperialisten mit deren Stationierung die Absicht verbinden, einen Atomkrieg zwischen den beiden Supermächten auf Europa zu begrenzen.

Der BRD-Imperialismus hat sich aus eigenem Interesse in diese Strategie eingeordnet. Die amerikanische Atomkriegsdrohung gegen die Sowjetunion ebenso wie die aggressive amerikanische Militärpräsenz von der Karibik über den Nahen Osten bis nach Südostasien werden als notwendiger militärischer Flankenschutz für die Expansion des BRD-Kapitals, für die Sicherung und Ausdehnung seiner weltweiten Machtpositionen gesehen. Darüber hinaus verfolgt der westdeutsche Imperialismus nach wie vor das Ziel, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, die DDR, Westpolen und Teile der Sowjetunion in seinen Herrschaftsbereich einzugliedern. Dieses Ziel aber kann er nicht aus eigener Kraft, sondern nur im Rahmen der US- und NATO-Kriegsstrategie verwirklichen.

Für die KPD ist der Kampf gegen diese Kriegsvorbereitungen eine Aufgabe von erstrangiger Bedeutung. Sie begreift sich als Teil der Friedensbewegung, in der sie einen bedeutenden Faktor im Kampf für die Verhinderung eines neuen Weltkrieges sieht. Die KPD bekräftigt ihre Absicht, unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen, den Kampf gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen fortzusetzen, sich in diesem Kampf mit allen Kräften, die das gleiche Ziel verfolgen, zusammenzuschließen und sich für die Entfaltung von Aktionsformen einzusetzen, die geeignet sind, die Arbeiterbewegung in den Widerstand gegen die Stationierung einzubeziehen.

Dabei wendet sich die KPD gegen alle Versuche, die Friedensbewegung ausschließlich auf die Raketenfrage zu begrenzen, sie auf Verhandlungen zwischen den Supermächten zu orientieren oder sie in eine Bewegung aufzulösen, die sich nur noch diffus und unverbindlich gegen den Atomtod richtet. Würden sich solche Bestrebungen durchsetzen, so wäre damit langfristig der Sieg der Kriegstreiber über die Friedensbewegung besiegelt.

Die Gefahr eines Atomkrieges resultiert nicht aus der Anhäufung der nuklearen Potentiale selbst, sondern aus der Tatsache, daß die imperialistischen Mächte — voran die USA und die Sowjetunion — diese Potentiale zur gewaltsamen Durchsetzung ihrer politischen Ziele angesammelt haben. Der Kampf für den Frieden muß also gegen die Kriegstreiber selbst und nicht nur gegen ihre Mordwerkzeuge gerichtet sein. Das bedeutet konkret, den Friedenskampf als Klassenkampf zu führen und ihn auf die Durchsetzung von Forderungen gegen die Bonner Regierung auszurichten.

Unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen zwischen den Supermächten wird der Widerstand gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in der BRD auch weiterhin ein zentraler Bestandteil dieses Kampfes sein. Notwendig ist es jedoch, darüber hinaus, mehr als bislang geschehen, die Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus und der NATO auf allen Feldern anzugreifen. Dazu gehört der Kampf gegen die aggressive konventionelle Rüstung (Rogers-Plan), gegen die zunehmende Militarisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, gegen den Bonner Rüstungshaushalt, gegen jede Beteiligung des BRD-Imperialismus an militärischen Aggressionen gegen Länder der Dritten Welt (Ausweitung des NATO-Gebiets usw.). Große Bedeutung kommt dabei auch der antimilitaristischen Arbeit in der Bundeswehr, zur Zersetzung dieses Hauptinstrumentes der westdeutschen Kriegsvorbereitungen zu. Als eine grundlegende Aufgabe im Friedenskampf sieht die KPD schließlich die ständige, konkrete Entlarvung der imperialistischen Betrugsmanöver an, mit denen reale Kriegsvorbereitungen als Verteidigungsanstrengungen verschleiert werden. Das Ziel dieser Tätigkeit muß es sein, die Ideologie der „Vaterlandsverteidigung" zu schlagen und in der Arbeiterklasse den Gedanken des proletarischen Internationalismus zu verankern. Dazu wird es nötig sein, sich noch überzeugender als bisher mit unter den Werktätigen verbreiteten Vorbehalten auseinanderzusetzen, nach denen eine Schwächung der NATO oder gar eine Neutralisierung der Bundesrepublik eine sowjetische Aggression ermutigen würde.

Fortsetzung auf Seite 8

Grußadresse des V. Parteitags an die Genossen der KPD in der DDR

Liebe Genossinnen und Genossen!

Vom V. Parteitag der KPD aus grüßen wir Euch, liebe Genossinnen und Genossen in der DDR, ganz besonders herzlich. Wir bedauern es sehr, daß Ihr an den Diskussionen dieses Parteitags nicht teilnehmen könnt. Aber wir wissen, daß Ihr in Gedanken bei uns seid, genauso wie wir in Gedanken bei Euch sind. Vor allem natürlich bei denen, die, wie die Genossen Manfred und Andreas, nun schon bald drei Jahre in den Gefängnissen dieses sogenannten realen Sozialismus eingesperrt sind. Wir versprechen Euch von dieser Stelle, daß wir alles tun werden, was in unseren Kräften steht, um die Solidarität mit Euch zu organisieren, und Eure Freilassung zu erreichen.

Seit dem letzten Parteitag sind fünf Jahre vergangen. Eine lange und für Euch, liebe Genossen, zum Teil auch sehr schwere Zeit. Die Verfolgungen der Staatssicherheit haben große Lücken in die Partei gerissen und viele Probleme geschaffen. Trotzdem hat das Honecker-Regime sein Ziel, die KPD in der DDR zu zerschlagen, nicht erreicht. Die Partei besteht nach wie vor und setzt ihren Kampf gegen das Honecker-Regime, für Freiheit, Demokratie und Sozialismus fort. Das ist nur möglich, weil Ihr, die Genossen in Berlin, in Leipzig, in Jena, in Dresden usw. Euch auch durch die Androhung langjähriger Gefängnisstrafen nicht schrecken laßt und ungeachtet aller persönlichen Risiken den Kampf fortsetzt. Dafür möchten wir Euch unsere Hochachtung aussprechen.

Wir im Westen Deutschlands mußten nicht mit so brutalen Schlägen der Bourgeoisie fertig werden wie Ihr. Aber auch wir haben bei weitem nicht das erreicht, was sich viele vor fünf Jahren erhofft haben. Es gab viele Probleme und Schwierigkeiten. Wir haben versucht, daraus zu lernen und wir meinen, daß die Diskussionen und Beschlüsse dieses V. Parteitages zeigen, daß wir heute die Probleme der Arbeiterbewegung wesentlich besser verstehen und deshalb auch wesentlich besser in der Lage sind, tatsächlich revolutionäre Arbeiterpolitik zu betreiben.

Weder uns noch Euch werden auch in den nächsten Jahren die Erfolge in den Schoß fallen. Wir werden einen harten Kampf zu führen haben. Darüber machen wir uns keine Illusionen. Trotzdem sind wir optimistisch. Denn es ist ja schließlich nicht zu übersehen, daß die Bourgeoisie weltweit — im Westen wie im Osten — in immer größere Schwierigkeiten gerät. Und es ist auch nicht zu übersehen, daß unter den Werktätigen die Erkenntnis um sich greift, daß sie etwas tun müssen, um ihre Interessen gegen die Herrschenden zu verteidigen. Nicht nur im Westen, sondern auch im Osten, in der DDR. Hätte es z.B. vor zwei, drei Jahren jemand für möglich gehalten, daß es in der DDR eine Friedensbewegung geben könnte, wie sie heute — in all ihrer Widersprüchlichkeit — existiert?

Ein großes Problem für uns, und ein noch größeres Problem für Euch ist die Tatsache, daß viele Arbeiter, viele Jugendliche und viele andere Menschen, die mit der bestehenden Gesellschaftsordnung zutiefst unzufrieden sind, keine Alternative dazu sehen. Sozialismus — das ist für viele heute nicht die Hoffnung auf eine freie und demokratische Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. Sozialismus bedeutet für viele heute nicht Arbeitermacht, sondern die Machtausübung einer neuen Ausbeuterklasse über die Arbeiter und die anderen Werktätigen. Mit Mauer und Stacheldraht wie in der DDR. Mit Panzern und Militärdiktatur wie in Polen.

Wir haben in den letzten Jahren viel über dieses Problem diskutiert. Wir müssen unsere Kritik an der Unfreiheit in den Ländern des sogenannten realen Sozialismus verstärken. Was ist denn das für ein Arbeiter- und Bauernstaat in der DDR, wenn die Arbeiter noch nicht einmal streiken dürfen? Wir müssen genauer untersuchen, wie es in den ehemals sozialistischen Ländern zur Herausbildung einer neuen Ausbeutergesellschaft kommen konnte. Wir müssen besser herausarbeiten, wie die Strukturen der sozialistischen Gesellschaft aussehen, für die wir kämpfen. Dabei können wir Kommunisten im Westen und im Osten Deutschlands uns gegenseitig viel helfen.

Vorwärts mit der KPD für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

V. Parteitag der KPD, Dezember 1983

Schreibt an die Genossen:

Andreas Bortfeldt
8600 Bautzen
PSF 100 /II

Manfred Wilhelm
1800 Brandenburg
PSF 66 /9

Grußadresse des V. Parteitags an die Genossinnen und Genossen der Partei



Liebe Genossinnen und Genossen,
wir, die Delegierten des V. Parteitags der KPD, senden Euch allen, liebe Genossinnen und Genossen der Partei, herzliche, revolutionäre Kampfesgrüße.

Seit dem letzten Parteitag sind fünf Jahre vergangen. Das ist eine lange Ziet. Eine ganze Reihe von Euch war damals noch gar nicht dabei. Diejenigen Genossinnen und Genossen, die zur Zeit des IV. Parteitags bereits Mitglieder der Partei waren, wissen: die hohen — zu hohen — Erwartungen, die wir damals alle für die nächsten Jahre hatten, haben sich nicht erfüllt. Die Partei ist nicht größer geworden und sie hat ihren Einfluß nicht in dem Maße ausdehnen können, wie wir damals gehofft haben. Viele, die einmal in den Reihen der Partei gekämpft haben, sind resigniert. Manch einer ist zu der Auffassung gekommen, daß der Sozialismus eher eine ferne Utopie als ein konkretes Kampfziel ist, für das sich hier und heute der Einsatz lohnt.

Wir meinen: zu solcher Resignation besteht kein Anlaß. Der Sozialismus ist hier und heute das beste Ziel, für das man kämpfen kann. Die kommunistische Partei, unsere KPD, ist hier und heute die beste Partei für alle, die für die Arbeitermacht, für eine bessere Welt kämpfen wollen!

Wir sagen das nicht, weil wir etwa die Augen vor den täglich auftretenden Problemen und Schwierigkeiten verschließen. Im Gegenteil. Der V. Parteitag hat sich, vor allem bei der Diskussion über den Tätigkeitsbericht des ZK, sehr intensiv mit dem auseinandergesetzt, was es in den letzten fünf Jahren an Negativem, an Problemen und Schwierigkeiten für uns gab. Aber er auch das festgehalten, was es an Positivem gab — an Erfolgen in der Arbeit der Partei, an Fortschritten bei der Entwicklung der Politik der Partei, an positiven Tendenzen bei der Entwicklung des Klassenkampfes. Beides ist wichtig. Denn wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, die Welt nur durch die Brille unserer eigenen Probleme und Schwierigkeiten zu betrachten. Das könnte leicht dazu führen, daß man die Probleme des Klassengegners, der Bourgeoisie, gar nicht mehr sieht bzw. unterschätzt.

Sitzt denn die Bourgeoisie wirklich so fest im Sattel, wie es für manche den Anschein hat? Kann sie denn wirklich so sorglos in die Zukunft blicken, wie sie uns glauben machen möchte? Wir meinen nicht. Die gegenwärtige weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise macht sehr deutlich, wie brüchig die vielbeschworene Stabilität des Kapitalismus ist. Das Kapital versucht seine Probleme zu lösen, indem es alle Lasten der Krise auf die Arbeiterklassen, auf die Werktätigen abwälzt. Dem Profitinteresse von einigen wenigen wird die Existenz von Millionen kalt lächelnd geopfert. Aber die Arbeitslosigkeit, die nun schon seit Jahren bei uns herrscht, bereitet der Bourgeoisie auch Sorgen. Nicht, daß sie sich etwa um die betroffenen Menschen sorgt. Nein, sie hat Angst, daß Arbeitslosigkeit und zunehmende Existenzangst eines Tages zum sozialen Sprengsatz werden könnten. Zu Recht. Denn ein System, das Millionen Menschen noch nicht einmal Arbeit und ein Mindestmaß an Existenzsicherheit geben kann, ein solches System stellt sich selbst in Frage.

Und ist es nicht so, daß deutlich mehr Menschen dieses Gesellschaftssystem in Frage stellen, als noch vor fünf Jahren? Ist es nicht so, daß die radikalere Sprache, die heute von einigen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionären zu hören ist, ihre tiefere Wurzel in einer gewissen Stimmungsänderung in Teilen der Arbeiterklasse hat? All dies spricht nicht dafür, daß der Kommunismus in allernächster Zeit Masseneinfluß in der Arbeiterbewegung gewinnt. Aber es spricht dafür, daß sich ein Prozeß der Linksentwicklung und Radikalisierung in Teilen der Arbeiterbewegung anbahnt. In diesem Prozeß werden wir Kommunisten dringend gebraucht. Dabei müssen wir uns bemühen, in der realen Bewegung der Arbeiterklasse den an eine politische Führung der Klasse zu richtenden Anforderungen immer besser zu genügen. Das setzt theoretische Arbeit, politische Überzeugungsarbeit und praktisch-organisierenden Einsatz voraus.

Der V. Parteitag hat sich bemüht, sich auch mit den konkreten Aufgaben zu befassen, die der Klassenkampf uns in der nächsten Zeit stellt. **Und wir rufen alle Genossen auf, in den kommenden Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, aber auch im Kampf gegen die weitere Rechtsentwicklung, gegen die wachsende Kriegsgefahr ihr Bestes zu geben.**

Der V. Parteitag hat auch über die Perspektiven diskutiert, die der Klassenkampf für uns hat — über den Sozialismus. Hier liegt die Hauptdiskussion noch vor uns. **Und wir rufen alle Genossinnen und Genossen der Partei auf, sich intensiv an der Diskussion mit dem kommenden Sonderparteitag über Fragen des Sozialismus anstehenden Probleme zu beteiligen.**

Abschließend möchten wir allen Genossinnen und Genossen für den großen Einsatz danken, mit dem sie in den letzten Jahren für die Sache des Sozialismus und der Partei gekämpft haben. Das gilt auch für den V. Parteitag selbst. Die Ergebnisse des V. Parteitages sind Ergebnisse der Arbeit, der Erfahrungen und Diskussionen der gesamten Partei, was sich nicht zuletzt auch in den mehr als 360 Anträgen geäußert hat, die an den Parteitag gerichtet wurden. Setzen wir nun gemeinsam alles daran, die gefaßten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Vorwärts mit der KPD! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!



Fortsetzung von Seite 7

Wir sehen in der Sowjetunion keineswegs eine Friedensmacht, und wir sehen uns in dieser Auffassung beispielsweise durch die Aggression der SU gegen die CSSR und Afghanistan oder ihre atomare Drohung mit den SS-20-Raketen bestätigt. Dennoch wissen wir, daß eine als Speerspitze der NATO hochgerüstete Bundesrepublik viel eher Angriffziel sowjetischer Bedrohungen sein wird als eine bündnisfreie und neutrale BRD.

Die Einbindung der BRD in die aggressive NATO-Strategie beruht auf expansionistischen Interessen, die für den westdeutschen Imperialismus von größter Bedeutung sind. Um gegen diese Interessen Erfolge im Friedenskampf durchsetzen zu können, ist die Entfaltung breiter Kampfaktionen und eines außerordentlich starken Drucks auf die westdeutsche Monopolbourgeoisie und ihre Regierung notwendig. Das kann nur geschehen, wenn die Arbeiterklasse selbst zur Hauptkraft im Friedenskampf wird. Die KPD sieht deshalb in der seit der Bonner Wende verstärkten gewerkschaftlichen Beteiligung an den Friedensaktionen den wichtigsten Beitrag zur Entwicklung und Stärkung des Kampfes gegen die Kriegsgefahr. Die KPD wird ihre Anstrengungen verstärken, diesen Kampf unmittelbar in den Betrieben zu organisieren und zu höheren Formen weiterzuentwickeln.

Dazu wird es notwendig sein, unter Losungen wie „Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn" weiter an der notwendigen Verbindung der wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats und der übrigen Werktätigen mit dem Kampf für die Erhaltung des Friedens zu arbeiten. Denn die arbeitenden Menschen würden nicht nur die Hauptopfer eines imperialistischen Weltkrieges sein; auf ihren Rücken werden bereits jetzt die ungeheuren Kosten der Kriegsvorbereitungen abgewälzt. Gerade in diesem Zusammenhang kommt dem Kampf gegen den Rüstungshaushalt besondere Bedeutung zu.

Um einen wirklichen Durchbruch gegen die imperialistischen Planer eines neuen Krieges, der Mitteleuropa zum Hauptschlachtfeld machen würde, zu erreichen, ist es notwendig, die Widerstandsaktionen zusammenzufassen und sie auf eine gemeinsame politische Zielrichtung hin auszurichten, die unmittelbar den Nerv der vom Boden unseres Landes aus betriebenen Kriegsvorbereitungen trifft: nämlich die Bündnispolitik der Bundesregierung, die Mitgliedschaft der BRD im aggressiven, von der amerikanischen Supermacht dominierten NATO-Pakt. Die KPD hat in ihrem Friedensplan der Bewegung gegen den Krieg eine Orientierung in diesem Sinne vorgeschlagen und eine Reihe konkreter Forderungen entwickelt, deren wichtigste sind:

- Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden,
- Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und der EG,
- Erklärung der Neutralität der Bundesrepublik Deutschland.

Eine Durchsetzung dieser Forderungen gegen den BRD-Imperialismus und die amerikanischen Imperialisten würde einerseits zu einem weitgehenden Abkoppeln der BRD von der aggressiven, auf Ausschaltung der sowjetischen Supermacht ausgerichteten amerikanischen Globalstrategie führen. Sie würde andererseits dem BRD-Imperialismus zu einem bedeutenden Teil den Boden für die militärische Durchsetzung seiner eigenen expansionistischen und revanchistischen Ziele entziehen. Damit wäre zumindest ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des gegebenen Friedens in Europa geleistet.

Die KPD ist sich darüber im klaren, daß diese Forderungen nur durchgesetzt werden können auf der Basis eines machtvoll entfalteten Klassenkampfes, der Aktionsformen wie den Generalstreik einschließt, daß die Durchsetzung dieser Forderungen eine Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen voraussetzt, die es möglich macht, die gegenwärtige Regierung des Monopolkapitals zu stürzen. Die KPD ist sich auch der Tatsache bewußt, daß ein Abkoppeln der BRD vom NATO-Pakt den imperialistischen Charakter der BRD nicht verändern und somit auch die von ihre ausgehende Kriegsgefahr nicht vollständig beseitigen würde.

Die in einem erfolgreichen Kampf für den NATO-Austritt erreichte Schwächung der westdeutschen Monopolbourgeoisie würde jedoch die Positionen und allgemeinen Kampfbedingungen des Proletariats in einem Maße verbessern, daß damit auch die Bedingungen für einen revolutionären Kampf um die Macht, für den gewaltsamen Sturz der Kapitalherrschaft erleichtert würden und damit die Möglichkeit näher rücken würde, den BRD-Imperialismus selbst, als die Quelle einer von westdeutschem Boden ausgehenden Kriegsgefahr, zu beseitigen.

Resolution zum antifaschistisch-demokratischen Kampf

Die Bonner Wende

Die Strauß-Kandidatur hatte es bereits signalisiert, der Bonner Regierungswechsel im Herbst 1982 hat es noch deutlicher gemacht: In den Reihen der finanzkapitalistischen Machtelite dieses Landes haben sich angesichts der länger anhaltenden Wirtschaftskrise mit all ihren politischen und gesellschaftlichen Folgen und Erschütterungen Bestrebungen verstärkt, schon heute politische Weichen zu stellen, um im Bedarfsfalle bisher bewährte parlamentarisch-demokratische Herrschaftsmethoden durch andere, autoritäre bis faschistische zu ersetzen.

Um in der Krise und darüberhinaus möglichst optimale Bedingungen für die Erzielung maximaler Profite zu sichern, was u. a. durch Verschärfung der Ausbeutung und rigorosen Sozialabbau, durch Ausweitung staatlicher Aufträge und Investitionshilfen für die Monopole und weniger staatliche Fürsorge für die ohnehin benachteiligten Bevölkerungskreise zu leisten ist, nimmt das Finanzkapital, vorweg die reaktionärsten Elemente, Abschied von einer Politik der sozialpartnerschaftlichen Einbindung und Kurs auf eine Konfrontation gegenüber der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften und anderen Teilen des Volkes.

Da dies mit der Sozialdemokratie in der Regierung nicht machbar war und ist, wurde diese auf direktes Betreiben der großen Mehrheit der Bosse von Konzernen, Banken und Unternehmervereinigungen durch die klassischen Parteien des Kapitals in diesem Lande, den konservativen Unionsparteien und dem wirtschaftsliberalen Flügel der FDP in Bonn abgelöst. Die Rechtskoalition Kohl, Genscher, Zimmermann hat den Auftrag, den „finanz- und wirtschaftspolitischen Kurswechsel" zumindest einzuleiten, sowie eine diesen flankierende und absichernde Wende in anderen Bereichen der Politik zu ergänzen. Dies hat begonnen.

Es besteht durchaus die Gefahr, daß dieses erste konservative Wendemanöver über weitere in einen faschistischen Kurs umschlagen kann, wenn dem durch den Kampf breiter Volksschichten nicht Einhalt geboten wird.

Die Krise und die Gefahr faschistischer Terrorherrschaft des Kapitals

Diese Gefahr wird akut, wenn Kreise des Finanzkapitals ihre Profit- und Herrschaftssicherung nicht mehr ausreichend über das parlamentarische System gewährleistet sehen, wenn Widerstandskämpfe der Bevölkerung gegen die Abwälzung der Krisenlasten, starke Volksbewegungen gegen wichtige Vorhaben, wie die Durchsetzung von Kriegsvorbereitungsmaßnahmen, so die NATO-„Nachrüstung", oder gegen die NATO-Mitgliedschaft selbst, nicht unter Kontrolle zu bringen sind. Erst recht, aber wohl nicht erst dann, wenn die Arbeiterbewegung sich so stark und weit links entwickelt, daß die Herrschenden um ihre Macht fürchten müssen.

Der Faschismus ist die brutalste, die offen terroristische Herrschaft der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse, die nackte Diktatur des im imperialistischen Kapitalismus das politische und wirtschaftliche Leben weitgehend bestimmenden Finanzkapitals. Der Faschismus kommt nicht über Nacht. Er wird von den aggressivsten Kreisen des Monopolkapitals durch eine Reihe von reaktionären Vorbereitungsstufen mit Hilfe von bürgerlichen Regierungen wegbereitet und gefördert. Er zielt auf die Ausschaltung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen, jeden legalen Widerstandes und damit auch des Parlamentarismus.

Für das Auftreten und Anwachsen dieser nach innen und außen reaktionärsten Bestrebungen des Finanzkapitals gibt es als wichtigste objektive Bedingung die Vertiefung der kapitalistischen Wirtschaftskrise, die eine Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen, wachsende politische Instabilität und staatsmonopolistische Entwicklung im Innern und international eine Zuspitzung der Konkurrenz, von Konfrontationen und Kriegsgefahr mit sich bringt, die faschistische Tendenzen begünstigen. Ob diese zum Durchbruch kommen, hängt auch von subjektiven Faktoren wie der Lage und Kampfkraft der Arbeiter- und demokratischen Bewegung und den Auseinandersetzungen in den Reihen der Kapitalistenklasse über den weiteren politischen Weg in und aus der Krise ab.

Die reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals rüsten sich

Mit solchen Krisenentwicklungen und Bestrebungen sind wir heute in der Bundesrepublik und Westberlin konfrontiert. Mit der Installierung der Rechtskoalition haben breite finanzkapitalistische, die große Mehrheit der Unternehmer-Kreise, die Wende mitvollzogen, für die zu Beginn der 80er Jahre schon die reaktionärsten Vertreter der Monopole und Banken aufgrund ihrer ökonomischen Interessen getrommelt hatten. Zu diesen Kräften gehören die in der Rüstungsindustrie tätigen Konzernherren und Finanziers. Neben den ausgesprochenen Waffenschmieden wie Rheinmetall, Diehl und Westeuropas größtem Panzerbauer Kraus-Maffai (Flick) sind es heute vor allem die Luftfahrt- und Elektrobranche, Messerschmidt-Bölkow-Blohm (Siemens, Thyssen, Freistaat Bayern, Krupp) und Dornier und Großkonzerne wie Siemens und AEG, die sich auf diesem Felde engagieren.

Zwar verzichten diese finanzkapitalistischen Kreise nicht umstandslos auf wirtschaftliche Einflußmaßnahmen oder politische Initiativen in den Ländern des Warschauer Vertrages. Aber für die Interessen dieser Kreise ist eine wie auch immer geartete Entspannungspolitik mit dem Osten langfristig nicht dienlich, die Ausweitung des NATO-Operationsfeldes, eine forcierte Aufrüstung und ein freizügiger Waffenexport dagegen ein Bombengeschäft. Ihr praktisch einziger Inlandskunde und Garant ihrer Exporte ist der Staat, auf den die Siemens, Flick und Co. sehr direkt einwirken. Für sie sind sozialdemokratische Halbherzigkeiten auf diesen Gebieten der Politik, gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte und zuviel „Sozialklimbim" und erst recht Massenbewegungen wie die von Rüstungsgegnern besonders geschäftsschädigend und hinderlich.

Deshalb waren diese Kreise traditionell schon immer mit den Unionsparteien, besonders deren rechten Flügel, aufs engste verquickt. Es ist kein Zufall, daß heute mehr als die Hälfte der Rüstungsproduktion Westdeutschlands in Bayern angesiedelt ist. Schufen doch die CSU, Politiker wie Strauß, schon immer beste Rahmenbedingungen für die Geschäfte dieser Herren. Nun sollen auch in Bonn „bayrische Verhältnisse" einkehren.

Das Programm der konservativen Reaktion

Die neue Rechtskoalition hat das Programm und Personal, um erste Schritte einer Politik nicht nur des sozialen Kahlschlags, sondern auch der „Wiederherstellung des inneren Friedens" (CDU) und der Stärkung des westdeutschen Imperialismus in der Welt, der an der Seite der USA und in und mit der NATO von einer ökonomischen auch endlich zu einer vollwertigen politischen und militärischen, möglichst atomaren Weltmacht aufsteigen möchte, in die Wege zu leiten.

Dafür werden in Bonn die staatlichen Gewaltapparate und das Militär weiter aufgerüstet und die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben. Viel Wert legen die Regierenden auch auf die ideologische Aufrüstung, die „geistig-moralische Erneuerung" unseres Volkes, die die „notwendige Opferbereitschaft" im Dienste der Allgemeinheit bringen soll. (Kohl) Den Gewerkschaften wird Egoismus vorgeworfen und bei nicht freiwilliger Hinnahme von Lohn- und sozialen Atempausen mit einer Politik der „harten Hand" gedroht. (Blüm) In verstärkten Angriffen gegen das Tarifrecht, gegen die schon eingeschränkten Rechte von Betriebs- und Personalräten, gegen die Mitbestimmung, das ohnehin begrenzte Streikrecht durch die Bekräftigung des Aussperrungsterrors der Unternehmer, gegen den politischen Streik usw. wird zur Schwächung und in der Tendenz, wie die CSU-Rohmaterialien zeigten, zur Ausschaltung der Gewerkschaften mobilisiert.

Zu dem alten Feindbild des Kommunismus wird ein neues, die Bedrohung durch die uns angeblich überfremdenden Ausländer an die Wand gemalt. Faschistische „Ausländer-raus"-Parolen finden Eingang in die regierungsamtliche Politik. Mit dem neuen Ausländergesetz soll die Rechtslosigkeit unserer ausländischen Mitbürger weiter fortgeschrieben und die Handhabe für ihre Verjagung verbessert werden. Diese Vertreibungspolitik insbesondere von Türken und Asylbewerbern, das Schüren von Vorurteilen gegen diese angeblichen Sündenböcke unserer ganzen Misere ist ein Hauptfeld der reaktionären Massenmobilisierung. Hier setzen auch die offenen Faschisten mit ihren teilweise terroristischen Umtrieben an und erhalten Auftrieb.

Die Einführung von „Distanz"- und anderen Bürgerkriegswaffen für die Polizei, die totale Erfassung und Überwachung des Bürgers, die Verschärfung des Demonstrationsrechts, Massenverhaftungen, Abkassierung und Verurteilung von Demonstranten, wie die in Brokdorf oder von Alexander Schubart, die von der Teilnahme an Widerstandsaktionen abschrecken und diese verhindern helfen sollen, sind weitere aktuelle Vorstöße der Reaktion.

Die Faschisierung schreitet voran...

In dieser konservativen Offensive heute werden zusehends Versatzstücke faschistischer Politik und Anschauungen sichtbar. In ihrer gewerkschafts- und demokratiefeindlichen Grundhaltung, im Antikommunismus und Nationalismus, im Revanchismus und Großmachtstreben haben Konservatismus und Faschismus auch Berührungspunkte. Dies macht deutlich, daß trotz des qualitativen Unterschieds zwischen konservativer und faschistischer Politik und Herrschaft, das Umschlagen eines reaktionären in einen faschistischen Kurs, getragen von erzkonservativen politischen Kräften, wie Papen früher oder Strauß heute, nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Formierung der reaktionären Kräfte wird in einem umfassenden Prozeß der Faschisierung deutlich, der über die bereits genannten reaktionären Maßnahmen und Angriffe hinausgeht und mehr als nur den Abbau demokratischer Rechte beinhaltet. Dazu gehören das Erstarken der reaktionärsten Strömung in den Reihen des Finanzkapitals selbst. Die direkte und offenere Einmischung der Wirtschaftsbosse in die politischen Geschäfte. Der Ausbau des CDU-Staates, die Besetzung wichtigster Schlüssel- und Kommandostellen in Politik, Staat, Gesellschaft und öffentlichem Leben mit Gewährsleuten der Union und der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals bei gleichzeitiger Säuberung und Zensur von unliebsamen demokratischen Kräften und Positionen. Schon vor dem Regierungswechsel waren in den meisten Bundesländern und im Bundesrat, in obersten Bundesgerichten und -behörden, im Polizei-, Justiz- und Armeeapparat bis hin zu den Fernsehanstalten und anderen Medien wichtige Positionen in der Hand von Reaktionären und werden weiter ausgebaut. Während der Christ und Pazifist Franz Alt einen Maulkorb erhält, rücken Rechtsaußen wie ZDF-Löwenthal zu einem inoffiziellen und „Bild"-Boenisch zum offiziellen Regierungssprecher auf.

Die reaktionäre Wende ist offensichtlich. Sie zu stoppen und umzukehren eine erstrangige Aufgabe des demokratischen Kampfes. Schon angesichts der Strauß-Kandidatur war die Sorge vieler Menschen vor einem neuen '33 und '39, aber auch der Kampf und die antifaschistisch-demokratische Bewegung angewachsen. Dies hat sich in der Stoppt-Strauß-Kampagne und in dem verstärkten Kampf gegen die Faschisten in den letzten Jahren, gerade auch seitens der Gewerkschaften gezeigt. Im Vergleich zur Friedensbewegung ist die antifaschistische Bewegung noch wenig stark.

In dieser Bewegung gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, wie wahrscheinlich eine faschistische Gefahr heute ist, von wem sie ausgeht, in wessen Interesse und von welchen politischen Kräften faschistische Bestrebungen gefördert und getragen werden, und gegen wen man folglich anzukämpfen hat. Unsere Partei hat früher davon gesprochen, daß die faschistische Gefahr von diesem Staate selbst ausgeht, um von solchen Orientierungen wegzuführen, die in dem bürgerlichen Staat einen demokratischen Schutzwall gegen den Faschismus und die faschistische Gefahr vor allem in den Neonazis sehen. Dies meinte zwar nicht das gleiche wie andere verbreitete Auffassungen, die schon heute allein in der staatlichen Repression, im Polizeiterror und anderen Unterdrückungsmaßnahmen den Faschismus sehen, war aber auch falsch.

Richtig ist und wird durch die Entwicklung in diesem Lande bestätigt, daß die faschistische Gefahr von dem Drang der aggressivsten Kreise der Wirtschaftsbosse auch nach äußerster politischer Reaktion in der Krise ausgeht. Mittels staatlicher Unterdrückung, gestützt auf reaktionäre konservative Kräfte in Regierungs- und anderen wichtigen Ämtern werden diese Bestrebungen politisch um- und durchgesetzt. Dabei wird, nicht zuletzt durch die Ablösung der Regierung Schmidt, deutlich, daß zwischen einer SPD- und einer Unions-geführten Regierung sehr wohl ein Unterschied besteht, diese Parteien nicht gleichermaßen reaktionär und für die Herren der Konzerne und Banken in einer zunehmenden Krisensituation nicht in gleichem Maße dienlich sind. Es ist wohl kaum vorstellbar, daß die SPD als Träger faschistischer Bestrebungen oder gar Herrschaft in Frage kommt. Und in erster Linie auch nicht gemäßigte, liberale Kräfte unter den Konservativen.

...die Neonazis — Spitze des Eisbergs

Da denken verständlicherweise viele eher an die offen faschistischen Kräfte. Sie wären für die Herren des Finanzkapitals wie einst die NSDAP dann von Interesse, wenn

sie Aussicht hätten, einen größeren Masseneinfluß als sie heute haben oder die NPD zu ihren besten Zeiten hatte, zu bekommen.

Daß sich die Faschisten von den „freiheitlich-nationalen" Rechten um Dr. Frey über die „nationaldemokratische" NPD bis zu Kühnens „Nationalen Sozialisten" selbst bei einem Zusammengehen zu einer Massenpartei à la Hitlers NSDAP entwickeln könnten, scheint aus verschiedenen Gründen weniger wahrscheinlich. Schon heute gibt es neben den offenen Faschisten einflußreiche und starke erzreaktionäre, mehr konservativ-nationalistisch auftretende Kräfte, die in den rechten Unions- und FDP-Kreisen, in den Revanchistenverbänden oder in der schwarz-braunen Grauzone solcher Vereinigungen wie der Konservativen Aktion, dem Deutschland-Magazin usw. angesiedelt sind, und als politische Kraft und Formierung reaktionärster Bestrebungen sehr aktiv und ernstzunehmen sind.

Das heißt nicht, daß wir die Umtriebe der offenen Faschisten auf die leichte Schulter nehmen dürfen. Sie werden von der Reaktion als „Hilfstruppen, mit denen man nicht zimperlich sein darf" (Strauß), gebraucht und deshalb heute auch verharmlost, geduldet, gefördert und nicht generell verboten. Sie sind den honorigen Kräften der Reaktion willkommen: Als Auffangbecken für unzufriedene, systemüberdrüssige Jugendliche, die Kühnen und Co. mit Themen wie Ausländer, Umwelt, Besatzer und dem Antikommunismus vom fortschrittlichen Kampf abhalten; für Terroraktionen gegen Linke, Streikführer usw. und das Herbeibomben eines starken Mannes; und sie dienen den etablierten konservativen Parteien als Alibi, sich als „demokratische Mitte" auszugeben und ihre Faschisierungspolitik als Verteidigung der Demokratie gegen die „Gefahr von links und rechts" zu verkaufen.

Insofern haben die Faschisten eine wichtige Funktion im Prozeß der Faschisierung, und diese Hilfstruppe der Reaktion muß entschieden bekämpft und ihr Verbot durchgesetzt werden.

...im Ernstfall ist die Notstandsverfassung da

Will man mögliche Wege zu einem neuen Faschismus heute in diesem Lande einschätzen, dann darf man nicht übersehen, daß sich die Herrschenden von Anfang an und durch Ergänzungen in der bürgerlichen Verfassung dieses Staates Möglichkeiten des Übergangs zu diktatorischen Herrschaftsmethoden geschaffen haben. Mit den Notstandsgesetzen, die die SPD als Eintrittsgeld für ihre Regierungsbeteiligung mitverabschiedete, ist ein legales Instrumentarium geschaffen, das Grundgesetz mit Berufung auf die Verfassung zu unterlaufen.

Notstandsgesetze, die durch Gerichtsendscheide reaktionär ausgelegte „freiheitlich-demokratische Grundordnung" (FDGO), die z.B. eine KPD verbot und eine NPD zuläßt, und ein Bündel von Staatsschutzgesetzen macht es den Herrschenden und ihren reaktionären politischen Schützlingen in einem inneren oder äußeren Spannungsfall, einer Krisen- bzw. Notstandssituation möglich, das parlamentarische System stufenweise auszuhebeln und zu halbfaschistischen und faschistischen Herrschaftsformen, einer Notstandsdiktatur à la Hitlers Ermächtigungsgesetz, überzugehen. Eben ganz „verfassungsgemäß" ein diktatorisches Regime gegen die Arbeiter und das Volk zu errichten, und sich dabei so lange wie möglich, den Anstrich „legalen" Handelns zu geben.

Es ist ohne Zweifel eine wichtige Aufgabe und notwendig, die Angriffe der politischen Reaktion auf die bürgerlich-parlamentarische Substanz des Grundgesetzes, ihre Bestrebungen zur Aushöhlung und Beseitigung verankerter demokratischer Rechte und jede reaktionäre Auslegung und Erweiterung der Verfassung entschieden zurückzuweisen. Aber es ist eine unrealistische und in der Konsequenz verhängnisvolle Einschätzung, diese Verfassung und das parlamentarisch-demokratische System der Bundesrepublik biete per se einen Schutz vor einer diktatorischen Herrschaft oder sei, wenn überhaupt, nur auf dem Wege eines offenkundigen Bruchs der Verfassung, eines quasi-faschistischen Putsches vorstellbar. Solche, in Kreisen der SPD, auf der Linken und der antifaschistischen Bewegung, existierenden Vorstellungen haben schon einmal vor '33 einen rechtzeitigen Kampf gegen den im Schoße der Weimarer Demokratie aufkommenden Faschismus behindert.

Wir dürfen uns im antifaschistisch-demokratischen Kampf nicht allein oder hauptsächlich auf die Regeln der Verfassung und das parlamentarische System verlassen. Entscheidend und erfolgreich ist vor allem der außerparlamentarische Widerstandskampf der Bevölkerung, die Millionenkraft der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Nur so wird es gelingen, dem sich auf dem Boden der Verfassung bewegenden, sie — unter dem Schlachtruf — „die FDGO gegen den Extremismus verteidigen" — sie nötigenfalls aber auch unterlaufenden Vormarsch der Reaktion und faschistischen Bestrebungen Einhalt bieten zu können.

...die faschistische Gefahr nicht geringschätzen

Unterschätzen wir die gegenwärtige Wende in der Bundesrepublik nicht. Sicher, 1983 ist nicht 1933 und auch nicht 1932, ' och heißt das nicht, wie die häufig verbreitete Parole „Bonn ist nicht Weimar" sagen will, im Bonner Staat sei eine Entwicklung zum Faschismus nicht möglich. In den Gewerkschaften, in Kreisen der SPD, von seiten der DKP oder VVN, wird zu Recht vor einer zunehmenden Rechtsentwicklung, vor einem „Zurück in den Obrigkeitsstaat" gewarnt. Wir meinen, über die Einschätzung dieser in der antifaschistisch-demokratischen Bewegung starken und einflußreichen Kräften hinaus, daß eine faschistische Entwicklung bei einer Zuspitzung der Krisensituation nicht auszuschließen ist.

Insbesondere die DKP und ihr nahestehende Kräfte führen immer wieder an, daß solche Bestrebungen des westdeutschen Monopolkapitals schon in der starken Position des angeblichen sozialistischen Lagers und der fortschrittlichen Kräfte überhaupt, mit der Sowjetunion als Bollwerk sozialen Fortschritts, des Friedens und der Demokratie an der Spitze, ihre Schranken fänden. Abgesehen davon, daß wir als Kommunisten wie viele Menschen in den Regimes des „realen Sozialismus" keine Bastionen der für die Werktätigen erstrebenswerten Demokratie, in sowjetischen Interventionen und Raketen keine Friedenspolitik erkennen können, so straft die Errichtung des Faschismus im letzten Jahrzehnt nicht nur in Chile und anderen Ländern der dritten Welt, sondern auch in Europa, nahe den Grenzen der Warschauer-Vertrags-Staaten, so in Griechenland und der Türkei, solchen Behauptungen Lügen. Diese Argumente lenken von den inneren Ursachen und Gefahren faschistischer Tendenzen ab und können dazu verleiten, sich vor dem Faschismus in trügerischer Sicherheit zu wähnen.

Können wir in einem Lande, wo am Vorabend einer entscheidenden Bundestagswahl mit unsicherem Ausgang für die Steuermänner der Wende, schon laut über die „Verfassungswidrigkeit" und Ausschaltung einer oppositionellen Grünen-Partei nachgedacht wurde und heute nach einer forscheren Durchsetzung der Wende in den Unionparteien und von seiten der Unternehmerverbände verlangt wird, eine Wendung in Richtung Faschismus wirklich ausschließen? Wir glauben nicht.

Dem Vormarsch der Reaktion entgegentreten...

Angesichts eines offensichtlichen Prozesses der weiteren Formierung der Reaktion und der Faschisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens kommt neben dem wirtschaftlichen Kampf, dem Kampf um Demokratie, Freiheit und Frieden besondere Bedeutung zu. Die weitere Beschränkung demokratischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten, Schritte hin zu einer faschistischen Herrschaft bedrohen, wie die weitere Aufrüstung, Militarisierung und wachsende Kriegsgefahr die Arbeiterschaft, breite Teile der Werktätigen und andere Bevölkerungsschichten. Es liegt in aller Interesse, diesen Entwicklungen im gemeinsamen Kampf entgegenzutreten, dem Vormarsch der Reaktion in der Einheitsfront aller demokratischen, antireaktionären und antifaschistischen Kräfte, die von Christen über Liberale, Sozialdemokraten bis Sozialisten und Kommunisten alle einschließen muß, Paroli zu bieten.

Dafür setzt sich die Kommunistische Partei vorbehaltlos ein. Es ist ihr Anliegen, daß dieser Kampf konsequent, das heißt gegen die wirklichen Drahtzieher und gefährlichen politischen Träger reaktionärster und faschistischer Bestrebungen, als Teil des Klassenkampfes zwischen den ausgebeuteten Lohnabhängigen und den kapitalistischen Ausbeutern und ihren Politikern und Herrschaftsapparaten geführt wird.

...für eine starke Einheitsfront gegen die Rechtskräfte

Die antifaschistisch-demokratische Bewegung wächst, das Engagement der Gewerkschaften nimmt zu, zahlreiche Bürgerinitiativen führen überall im Lande den Kampf gegen einzelne reaktionäre Maßnahmen und Vorstöße. Es gibt regionale und bundesweite Aktionseinheiten, nicht nur im Kampf für den Frieden, sondern auch gegen die Faschisten, gegen die ausländerfeindliche Politik, gegen Polizeiübergriffe und Berufsverbote und Verweigerungsaktionen wie die gegen die Volkszählung. Dies alles signalisiert, daß der Boden für die Entfaltung des antifaschistisch-demokratischen Kampfes da ist, und, wo er, wie in den Betrieben, noch eine geringere Rolle spielt, aber in der Perspektive aktueller wird, muß er entfaltet werden.

Wir werden diese Initiativen und Aktionseinheiten soweit es unsere Kräfte erlauben, unterstützen und in ihnen arbeiten. Wir werden daneben eine eigenständige politische Aufklärungs- und Mobilisierungs- und Organisierungsarbeit leisten, um unseren politischen Auffassungen und Orientierungen im antifaschistischen Kampf Gewicht zu verleihen. Da der Kampf gegen Reaktion und Faschismus ein Anliegen über die Reihen der eigenen Partei hinaus ist, und es auch Menschen über die Mitarbeit in Initiativen hinaus gibt, die einen konsequenten antifaschistischen Kampf wollen, und sich dafür organisieren, gilt es zu prüfen, ob bereits ein Zusammenschluß solcher Kräfte existiert oder im Aufbau ist, für den wir uns in jedem Falle stark machen müßten.

In der Bundesrepublik und in Westberlin gibt es eine traditionelle antifaschistische Organisation, die VVN/Bund der Antifaschisten. Sie hat große Verdienste in der Aufklärung über den Faschismus und den antifaschistischen Widerstandskampf, in der Entlarvung von Alt- und Neonazis und dem Kampf gegen sie und gegen den Abbau von Demokratie und Kriegspolitik in diesem Lande. Zweifellos haben wir dies in der Vergangenheit nicht genug gewürdigt und zu wenig die Zusammenarbeit gesucht, die allerdings auch von ihrer Seite nicht besonders erwünscht war. Denn es gibt erhebliche politische Differenzen. Die VVN orientiert in diesem Kampf auf die Neonazis als hauptsächlicher Gefahr des Faschismus und auf das Grundgesetz als Bollwerk im Kampf gegen reaktionäre bzw. faschistische Bestrebungen in diesem Lande. Darüberhinaus sieht sie als Hindernis für eine Zusammenarbeit Positionen, die die Auffassung vom „sozialistischen Lager" als Bollwerk des Friedens und Antifaschismus nicht teilen, und diffamiert sie als Antikommunismus.

Die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg unterstützen

Diese für die Erfahrungen der Menschen in unserem Lande nicht akzeptable Einengung und auch falsche Orientierung für die antifaschistische Einheitsfront, haben unsere Partei von einer besonderen Unterstützung oder Mitarbeit in der VVN abgehalten. Wir haben uns stattdessen für die Schaffung und den Aufbau einer überparteilichen antifaschistischen Organisation, der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg stark gemacht, die in ihren Grundsätzen und in ihrer politischen Arbeit in der Tendenz unseren Auffassungen im Kampf gegen die faschistische Gefahr entspricht, und darüberhinaus die Grundlage für einen Zusammenschluß von antifaschistischen Kräften über die Reihen unserer Partei hinweg bietet.

Als Organisation, die heute den Kampf gegen ausländerfeindliche und gewerkschaftsfeindliche Politik, gegen Abbau der Demokratie und Duldung der Faschisten, gegen Rechtsentwicklung und politische Unterdrückung als Teil der Vorbereitungsmaßnahmen der reaktionärsten Kreise aus Wirtschaft und Politik für eine eventuelle faschistische Herrschaft und Schaffung der Ruhe an der Heimatfront für Kriegsabenteuer führt, hat die Volksfront in der demokratisch-antifaschistischen Bewegung dieses Landes nicht ihre Berechtigung sondern auch einen notwendigen Platz. Nicht im falschen Sinne als Konkurrent und als die einzig wahre antifaschistische Kraft, sondern als die Kraft, die auch unserer Meinung nach ein richtiges Konzept in diesen Kampf einzubringen hat und damit einen wichtigen, ihren ganz spezifischen Beitrag zum demokratisch-antifaschistischen Kampf und zum Zusammenschluß der Volkskräfte gegen Reaktion, Faschismus und Krieg leisten kann.

Dies hat sie in ihrer Geschichte mit zweitweilig mehr oder weniger Erfolg getan. Sie konnte anfangs im Kampf gegen die Strauß-Kandidatur viele Menschen erreichen, interessieren und auch einige hundert über die Gründungsmitgliedschaft von ca. 1000 Antifaschisten organisieren und im nationalen Maßstab wirksam werden. Wenn ihre Aktivitäten und Mitgliederzahl zurückgegangen ist, dann sieht auch unsere Partei eine Verantwortung in ihrem nachgelassenen Engagement für die Sache der Volksfront.

Würde es die Volksfront nicht geben, müßte unsere Partei heute angesichts der politischen Entwicklung in diesem Lande überlegen müssen, etwas Ähnliches aufzubauen, wie es die Volksfront ist und wofür sie eintritt. Sicher würden wir Fehler der Vergangenheit, falsche Abgrenzungen, Ansprüche und Erwartungen an diese Organisation vermeiden. Wir halten die Volksfront heute nach wie vor für keineswegs überflüssig oder hinderlich, sondern für eine wichtige und wesentliche Kraft im antifaschistischen Kampf. Deshalb unterstützen wir sie.

Bemühungen und Entscheidungen der Volksfront, die auf eine politische Stärkung der Volksfront, die Verbesserung ihrer Arbeitsweise, mögliche Änderungen ihrer Struktur und andere Umstellungen, die ihrer realen Mitgliederstärke und Möglichkeiten besser Rechnung tragen hinauslaufen, sowie Schritte und Initiativen zur Zusammenarbeit und zum Zusammenschluß mit anderen antifaschistischen Kräften finden unsere Unterstützung.

Unsere Partei sieht als wichtigste Aufgabe im demokratischen Kampf heute angesichts der aktuellen Vorstöße der Reaktion den Kampf

- gegen die faschistischen Umtriebe, für das Verbot aller faschistischen Organisationen;
- gegen ausländerfeindliche Politik und Hetze, für die politische Gleichstellung und Integration unserer ausländischen Mitbürger;
- gegen die Angriffe auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, für die Verteidigung des Streik- und Tarifrechts;
- gegen jede Einschränkung des Demonstrationsrechts, Polizeiterror und den Ausbau des Überwachungsstaates.

An diesen Fronten, die sich ändern können und je nach Situation mehr oder weniger Gewicht erhalten, gilt es, wie im Friedenskampf auch, für den Massenkampf unter möglichst breiter Beteiligung der Arbeiter, Gewerkschaften und der Bevölkerung zu mobilisieren. Nur dann werden wir erfolgreich den Vormarsch der Reaktion, Faschismus und Krieg in diesem Lande verhindern können.

Da droht ein neues Vietnam

USA und Israel führen Krieg in Nahost

Luftangriffe gegen syrische Stellungen im Libanon

Ende vergangener Woche haben Flugzeuge der US-Luftwaffe schwere Angriffe auf syrische Stellungen im Libanon geflogen. Bei dem mit mindestens 20 Bombern geflogenen Angriff auf die Fernstraße Beirut-Damaskus und verschiedene Ortschaften wurden zwar mindestens zwei US-Flugzeuge abgeschossen, insgesamt aber ist ein verstärkter Einsatz der „US-Friedenstruppe" als Aggressionsarmee ganz deutlich zu bemerken.

Neben den amerikanischen Bombenangriffen, die als Vergeltungsschläge für Verluste der US-Armee bezeichnet werden, greifen auch immer öfter israelische Einheiten den Libanon an. So wurden in den vergangenen Tagen wiederholt Luftangriffe der israelischen Armee aus dem Gebiet des Shuf-Gebirges in der Nähe Beiruts gemeldet. Die oppositionellen Kräfte im Libanon wehren sich, so gut sie können, Anfang der Woche lag der Flughafen Beiruts, Hauptquartier der „Friedenstruppen", wieder unter schwerem Artilleriebeschuß.

Die US-Truppen, eigentlich als „Friedenstruppe" zur Überwachung des Waffenstillstandes im Libanon stationiert, werden durch ihr offensives Eingreifen immer mehr direkt kriegsführende Partei im Libanon. Durch ihre Angriffe vor allem gegen die syrischen Stellungen zündeln sie an der Lunte des Pulverfasses Nah-Ost. Eine militärische Lösung der Konflikte im Libanon durch die US-Truppen kann es nicht geben. Die amerikanische Armee wird es nicht schaffen, die Regierung Gemayel gegen den Willen der verschiedenen Bevölkerungsteile des Landes abzusichern. Washingtons These, Syrien sei allein an den Problemen des Libanon schuld, verführt die Reagan-Administration immer mehr zu waghalsigen militärischen Abenteuern gegen das mit der UdSSR verbündete Land. So sind vom Weißen Haus her die Weichen gestellt, die auf den Weg zu einem neuen Vietnam im Nahen Osten führen.

Dabei hat Ronald Reagan allerdings die Absicht, „kurzen Prozeß" zu machen. Da ihm in Amerika bald ein Wahlkampf ins Haus steht, will er seine Truppen baldmöglichst zurückziehen. Dazu will er aber vorher noch die militärische Stärke der US-Truppen, die ja nicht nur aus den direkt in Beirut stationierten Einheiten, sondern auch aus der Mittelmeerflotte der Marine besteht, voll ausspielen. Und als Absicherung der Ziele des US-Imperialismus, nämlich seinen Einfluß im Nahen Osten auszudehnen, spielt Israel eine wichtige Rolle.

So meldeten verschiedene Zeitungen in der vergangenen Woche die Ausarbeitung gemeinsamer Pläne der USA und Israels zur Libanon-Problematik. Trotz heftiger Dementis aus Tel Aviv kann man davon ausgehen, daß Israel in Zukunft noch mehr als bisher im Auftrag der USA die Rolle eines „Ordnungsfaktors" in der Region übernehmen soll. So vermuten, in der Regel gut informierte Zeitungen, daß die israelischen Angriffe auf pro-syrische Militärstellungen nur ein Vorspiel zu einem massiven israelischen Angriff auf die syrischen Streitkräfte darstellen. Dieser Plan sei schon vor dem Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Shamir in Washington ausgearbeitet worden. Einzelheiten dieser Strategie würden von einer gemischten militärisch-politischen Kommission ausgearbeitet, die im kommenden Monat zum ersten Mal zusammentreten soll.

In dieses Konzept paßt auch die neuerliche Zusage der USA für massive Militärhilfe an Israel. So haben sich, nach Berichten israelischer Zeitungen, die USA bereiterklärt, Israel im kommenden Jahr 1,4 Milliarden Dollar Militärhilfe als „verlorenen Zuschuß", also nicht rückzahlbar, zu gewähren. Die britische Zeitung „Observer" schrieb, die Israel von den USA gewährten militärischen, finanziellen und politischen Zugeständnisse gälten *„als der von Shamir verlangte Preis für einen wichtigen und gefährlichen Dienst, der noch zu erbringen ist"*. Dieser Dienst kann nur die Übernahme der Kriegsführung der USA durch israelische Truppen sein. Die Lunte brennt am Pulverfaß Nah-Ost!

In dieser Situation spitzen sich die Konflikte um die PLO gefährlich zu. Die Gegner Arafats scheuen vor nichts zurück, um die legitime Vertretung des palästinensischen Volkes zu schwächen. Nach letzten Meldungen sollen jetzt die in Tripoli eingeschlossenen letzten PLO-Kämpfer und der Vorsitzende der Befreiungsfront unter dem Schutz der Vereinten Nationen aus der umkämpften Stadt evakuiert werden. Nachdem die Israelis die Palästinenser aus Beirut herausgebombt haben, haben jetzt die „Rebellen" gegen Arafat im Nordlibanon nichts anderes getan, als sich zum Vollstrecker der Politik der Israelis und damit des US-Imperialismus zu machen.


Militärstellung vor der umkämpften Stadt Tripoli im Nordlibanon.


REVOLUTIONARY COMMUNIST PARTY OF BRITAIN (MARXIST-LENINIST)
172 Wandsworth Road, London SW8.


Das Zentralkomitee der Revolutionären Kommunistischen Partei Britanniens (Marxisten-Leninisten) gibt mit tiefer Trauer den tragischen Tod eines Führers der Partei, des Genossen John Buckle, Gründungsmitglied der Partei und Mitglied des Politischen Büros des Zentralkomitees bekannt. Genosse John Buckle wurde am 27. November beim Avianca-Flugzeugunglück nahe Madrid getötet. Sein Tod ist ein tragischer Verlust für die Partei und die Arbeiterklasse, aber das Zentralkomitee und die gesamte Partei rufen dazu auf, Trauer in Stärke zu verwandeln, um seine hervorragende Arbeit weiterzuführen.

29. November 1983

Unterstützt die schwarzen Gewerkschaften in Südafrika! Rundreise eines Vertreters der Gemeindearbeiter-Gewerkschaft

Anfang Januar wird ein Vertreter der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter, Herr Mofokeng, auf Einladung des Arbeitskreises Afrika (AKAFRIK) Münster zu einer Rundreise in die BRD kommen. — Die gewerkschaftliche Organisierung der südafrikanischen Arbeiter in Südafrika hat in den letzten Jahren aller Unterdrückung zum Trotz einen großen Aufschwung genommen. Die meist noch jungen schwarzen Gewerkschaften haben bereits viele harte Kämpfe durchstehen müssen — der Vorläufer der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter z.B. entstand praktisch im Streik der Johannesburger Gemeindearbeiter 1980, gewann trotz der Deportation vieler Streikender Tausende von Mitgliedern, schloß sich dann mit anderen zusammen und ist seit 1982 Mitgliedsgewerkschaft der CUSA, dem Verband südafrikanischer Gewerkschaften, der selbst erst 1980 entstand und heute über 100000 Mitglieder zählt.

Auf Veranstaltungen in folgenden Städten wird Herr Mofokeng über die Entwicklung seiner Gewerkschaft wie der schwarzen Gewerkschaftsbewegung in Südafrika, über ihre Erfolge, ihre Probleme und Aufgaben sprechen:

Mo, 09.1. .... Hamburg
Di, 10.1. .... Schleswig
Mi, 11.1. .... Kiel
Do, 12.1. .... Lüneburg
Fr, 13.1. .... Westberlin
Sa, 14.1. .... Hannover
Mo, 16.1. .... Clausthal
Di, 17.1. .... Bielefeld
Mi, 18.1. .... Münster
Fr, 20.1. .... Dortmund
Sa, 21.1. .... Köln
Mo, 23.1. .... Schweinfurt
Di, 24.1. .... Augsburg
Mi, 25.1. .... München
Fr, 03.2. .... Frankfurt

Vom 26.1. bis 2.2. finden Veranstaltungen in den baden-württembergischen Städten Ravensburg, Stuttgart, Freiburg, Schwäbisch Hall, Heilbronn und Heidelberg statt. Die genauen Termine dieser Veranstaltung stehen noch nicht fest.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW

Druckerstreik in Britannien

Ein Kampf gegen die Regierung

Militante Formen nahm der Kampf der britischen Drucker in der vergangenen Woche an. Um die Auslieferung der Zeitung eines Verlegers, der sechs Drucker entlassen hatte, zu verhindern, hatten sich Tausende Sympathisanten der Gewerkschaft NGA, die diesen Kampf führt, versammelt und lieferten sich zum Teil heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei.

4500 Streikposten standen 2000 Polizisten gegenüber. Die Verletztenliste spricht für die harte Form dieses Arbeitskampfes. In einer Nacht wurden 12 Arbeiter und 21 Polizisten verletzt, über 70 Arbeiter wurden festgenommen.

Der Druckerstreik in England richtet sich aber nicht nur gegen einen Verleger, Hintergrund ist die Gewerkschaftsgesetzgebung der Regierung Thatcher, diese Gesetzgebung wollen die Arbeiter zu Fall bringen.

Die rechtskonservative Regierung hat in vielen Punkten traditionelle Rechte der Arbeiterbewegung aufgehoben, will über verschiedenste juristische Tricks jetzt die Druckergewerkschaft NGA vollständig liquidieren.

Die Hauptpunkte der Gewerkschaftsgesetzgebung, gegen die sich die Arbeiter stellen, sind zum einen, daß sogenannte closed shops verhindert werden sollen. Bislang konnten die Gewerkschaften in eigener Regie mit dem Unternehmer abmachen, daß in einem Betrieb nur Gewerkschaftsmitglieder eingestellt werden. Unter dem Vorwand der Freiheit einer Gewerkschaft nicht beitreten zu müssen, versuchen die Unternehmer durch die neue Regelung vor allem billige Arbeiter als Lohndrücker aus dem Arbeitslosenheer zu gewinnen.

Ein weiterer Punkt ist die durch die Gesetze erleichterte Entlassung von Streikenden. Der Auslöser des Druckerstreiks war die Entlassung von Kollegen — ihre Wiedereinstellung ist eines der Kampfziele.

Nach den Gesetzen sind Sympathiestreiks illegal. Gerade wenn ein kleiner Betrieb mit wenigen Arbeiern betroffen ist, ist Solidarität der anderen gewerkschaftlich organisierten Kollegen wichtig. Da solche Maßnahmen jetzt verboten worden sind, sehen die Gewerkschaften sich zu Recht in einem ihrer wichtigsten Rechte beschnitten.

Abgesichert hat die Regierung Thatcher die Gewerkschaftsgesetzgebung durch immense Strafandrohung, bis hin zur Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens. Schon jetzt wäre die Druckergewerkschaft, würde sie alle Schadenersatzklagen, die die Verleger eingereicht haben, bezahlen, schlichtweg pleite.

Die große Bedeutung des Druckerstreiks liegt auch darin, daß er nicht nur in vielen Einzelheiten die Grenzen der neugeschaffenen Legalität überschreitet, sondern ein Streik gegen die Gesetzgebung der Regierung überhaupt ist, was ebenfalls nach den Gesetzen verboten ist. Denn danach sind Streiks lediglich legal, wenn es sich ausschließlich oder in erster Linie um Tarifauseinandersetzungen handelt. So ist der Kampf der britischen Drucker ein wichtiger Beitrag gegen die Pläne der Regierung Thatcher, die Macht und die Rechte der Gewerkschaftsbewegung insgesamt zu brechen.

Geschenktips für Weihnachten

Nach den Plattentips im letzten „Roten Morgen", eine politische Platte (Mossmann, Requiem), eine Folk-Scheibe (Farantouri/Livaneli), darf eine Rock-Platte natürlich nicht fehlen. Unser Tip: Klaus Lage „Stadtstreicher". Diese zweite LP des Rock-Sängers und seiner Gruppe „Druck" ist schon kein Geheimtip mehr. Mit seinen oft sehr populären, melodischen Songs, seinen engagierten Texten ohne intellektuelle Überheblichkeit hat Klaus Lage schon einige Hits produziert. Von seiner ersten Platte „positiv" ist vor allem „Komm halt micht fest" bekanntgeworden, von seiner neuen LP das schöne Lied „Mit meinen Augen".



Auf dem schmalen Grat zwischen guter Rock-Musik und glattem Schlager, zwischen anspruchsvollen Texten und Unverbindlichkeit bewegt sich Klaus Lage mit erstaunlicher Sicherheit. Das ist bestimmt auch ein Verdienst seiner „Mitarbeiter": Texte von Biermann und Niedecken, musikalische Unterstützung des BAP-Gitarristen Major Healey haben dazu beigetragen, daß Klaus Lage und „Druck" sich ohne weiteres neben den anderen „Deutsch-Rokkern" wie Lindenberg und BAP sehen lassen können. Auf der empfohlenen Scheibe, im April produziert, ist übrigens auch ein aktuelles Lied, in dem Lage den „Kandidaten" beschreibt, er sieht ihn auf einem alten hängengebliebenen Wahlplakat. Textprobe: „Er sprach von Idealen und von dem höheren Ziel/ da wurd' nicht viel geredet, gespendet wurde viel/nun hängt er da durchlöchert, zerissen und geknickt/ach, wenn ich was zu schmieren hätt, ich hätt ihn längst geflickt, Flick, Flick ..."

Klaus Lage und Druck „Stadtstreicher", EMI, Musikant 1467681, 18,— DM.

Eines der schönste Bücher Bert Brechts ist nach langen Jahren jetzt endlich wieder als Einzelausgabe erschienen. Nachdem „Me-ti Buch der Wendungen" bisher nur in der Gesamtausgabe des Suhrkamp Verlages zu haben war, liegt jetzt in der „Weißen Reihe" zum 33jährigen Jubiläum des Verlages eine schöne Sonderausgabe dieses Buches vor.



Das „Buch der Wendungen" ist ein Produkt der Studien altchinesischer Philosophen, die Brecht Anfang der dreißiger Jahre unternahm. Begeistert von vielen dialektischen Denkansätzen der chinesischen Philosophen hat Brecht dann im Gewande der alten chinesischen Philosophie versucht, die wichtigsten politischen Vorgänge der Gegenwart marxistisch zu durchleuchten. Neben vielen Artikeln zum Hitler-Faschismus, befaßt er sich auch ausführlich mit der „großen Methode", dem Marxismus, mit der „großen Ordnung", dem Sozialismus, läßt die Meister En-Fu (Engels), Ka-meh (Marx) Mi-en leh (Lenin) und Ni-en (Stalin) über das Land Su (Sowjetunion) reden.

Interessant und lehrreich, kritisch und dabei unterhaltsam zeigt sich der Dichter hier als politischer Mensch, der mit der Methode der Dialektik seine Zeit und die gesellschaftlichen Vorgänge bewertet.

In der gleichen, der „Weißen Reihe" des Suhrkamp Verlages ist übrigens auch ein Sonderausgabe Peter Weiß' „Ästhetik des Widerstands" erschienen. Dieses umfangreiche Werk, das sich mit dem Verhältnis von Kunst und Arbeiterbewegung in unserem Jahrhundert befaßt, hat bei seinem Erscheinen große Diskussionen ausgelöst. Bisher war die „Ästhetik des Widerstands" nur in drei teuren Bänden für über 70,— DM zu haben, jetzt liegt für Interessierte eine preiswerte Paperback-Ausgabe vor.

Bertolt Brecht „Me-ti Buch der Wendungen" — Leinen mit Schutzumschlag, 220 Seiten, Suhrkamp Verlag 16,— DM.

Peter Weiss, „Ästhetik des Widerstands", Kartoniert, 960 Seiten, Suhrkamp Verlag, 25,— DM.

Es erstaunt immer wieder, wie in Ronald Reagans Amerika eine Tradition weiterbesteht, die so immens gefährlich für das herrschende System ist: die Tradition des politischen Enthüllungsjournalismus. Die Aufdeckung der „Watergate-Affäre" durch Journalisten war kein Sonderfall, immer wieder mischen sich Reporter ein, decken auf, legen sich mit den Mächtigen an. Ein Paradebeispiel dafür ist das Buch „Wer tötete Karen Silkwood?" 1981 in den USA, in diesem Jahr in Westdeutschland erschienen.

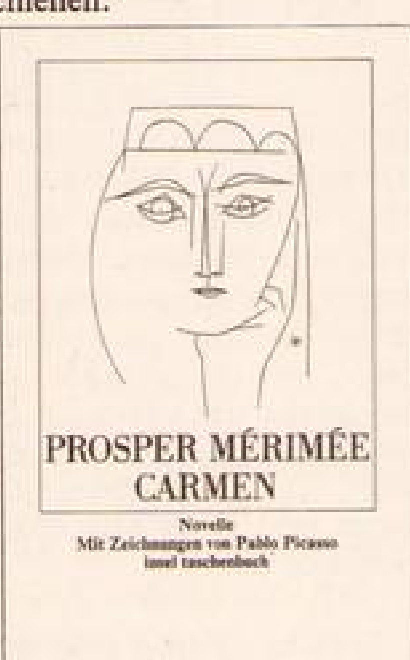
Dieser Tatsachenbericht, der sich wie ein Krimi liest, beschreibt die Geschichte der 28jährigen Laborantin Karen Silkwood, die im November 1974 bei einem Autounfall ums Leben gekommen ist. Mit diesem Autounfall, ihrem Tod, fängt die Geschichte eigentlich erst an. Für den Polizeibericht ein alltäglicher Fall, für die Gerichte Routine, „Selbstverschulden", stellen sie fest, wird es für den Reporter Howard Kohn von der kalifornischen Zeitung „Rolling Stone" jahrelange Recherche. Er findet heraus, daß Karen Silkwood an jenem Abend auf dem Weg zu einem Treffen mit einem Reporter war, um ihm Beweismaterial zu übergeben, das sie als Sprecherin einer lokalen Gewerkschaftsgruppe über ihre Arbeit in einem Atomwerk gesammelt hatte. Die Dokumente verschwinden und im Laufe der Untersuchungen ermittelt Howard Kohn am Schicksal der Karen Silkwood die Zusammenhänge einer groß angelegten Vertuschung in Zusammenspiel von Atomindustrie und staatlichen Stellen.



Dieses Buch ist eine Anklage und eine Warnung vor der schrecklichen Macht und dem Einfluß der Atomindustrie, ein Buch, das aber auch die unerschrockenen kämpfenden Menschen beschreibt: „Nur wenige Menschen vollbringen in ihrem Leben etwas von wirklicher Bedeutung — diese hier haben es getan", urteilte Jane Fonda nach der Lektüre. Der engagierte Schriftsteller Studs Terkel urteilt: „Dies ist eine packende Geschichte von gewöhnlichen Leuten, die unter ungewöhnlichen Umständen ungewöhnliche Taten vollbringen. Zugleich eine neue Art von Detektivstory". Nur eine leider wahre, dramatische Kriminalgeschichte. Sehr lesenswert.

„Wer tötete Karen Silkwood? — Mußte sie sterben, weil sie zuviel wußte?", 700 Seiten, Leinen, mit vielen Fotos, Verlag 2001, 22,— DM.

„Wer lernt mir Flamenco", so lautete kürzlich eine Anzeige in einem Stadtmagazin. Eine der vielen Reaktionen auf den Film „Carmen" von Carlos Saura, sicherlich dem interessantesten Film des Jahres 1983. Die beeindruckende, faszinierende Neuverfilmung des eigentlich nur durch Bizets Oper bekannten Stoffs hat auch die Nachfrage nach der Novelle Prosper Mérimées wieder verstärkt. Im Insel Taschenbuch Verlag ist diese Novelle in einer wunderschönen Ausgabe mit vielen feinen Zeichnungen Pablo Picassos erschienen.



Die 1845 erschienene Novelle beschreibt Carmen als eine Frau, die sich ihre Unabhängigkeit bewahren will und an der Eifersucht der Männer zerbricht. Interessant und im Film gar nicht dargestellt, ist der soziale Hintergrund und die Besonderheit der Carmen, die es besonders schwer hat, weil sie Arbeiterin und Zigeunerin ist — im 19. Jahrhundert beileibe keine guten Voraussetzungen für emanzipatorische Bestrebungen, eher Hindernisse für eine Frau, die ihre Liebe leben will ohne alle Bedingungen der damaligen Gesellschaft zu akzeptieren.

Das Büchlein ist also nicht nur ein schönes Geschenk für alle „Carmen"-Fans sondern auch ein kleines Stück Weltliteratur, das zu Unrecht bisher nur als Grundlage der Oper, oder jetzt des Films bekannt war.

Prosper Mérimée, „Carmen", Novelle mit Zeichnungen von Pablo Picasso, Insel-Taschenbuch Nr. 361, 8,— DM.



Im vergangenen Jahr haben wir ausführlich den Literaturnobelpreisträger Gabriel Garcia Márquez und sein Hauptwerk „Hundert Jahre Einsamkeit" vorgestellt. Mittlerweile sind im Deutschen Taschenbuch Verlag (dtv) eine ganze Reihe von Werken des großen Erzählers erschienen, die den Leser immer schnell in die Welt des südamerikanischen Kontinents, seiner Menschen und seiner Geschichte hineinziehen. „Das Leichenbegräbnis der Großen Mama und andere Erzählungen" (dtv 1237), „Laubsturm" (dtv 1432), „Der Herbst des Patriarchen" (dtv 1537), „Die böse Stunde" (dtv 1717) und „Der Oberst hat niemand, der ihm schreibt", sind preiswerte Ausgaben des lesenswerten Autors.

Eine seiner allerschönsten Geschichten ist in der Taschenbuchreihe des Kiepenheuer und Witsch Verlags erschienen: „Chronik eines angekündigten Todes". Es ist die Geschichte eines rauschenden Hochzeitsfestes in einem kolumbianischen Dorf. Dramatisch wird es, als die Braut nach der Hochzeitsnacht nach Hause geschickt wird, weil sie nicht mehr unberührt ist und der vermeintliche „Täter" nach den Ehrbegriffen der Gesellschaft sterben muß. Die Rekonstruktion dieser Geschichte, die mit einer ausweglosen Gesetzlichkeit auf eine Tragödie hinausläuft, wird sicher eines Tages zu den Klassikern zeitgenössischer Erzählkunst zählen.



Gabriel Maria Márquez, „Chronik eines angekündigten Todes", KiWi-Paperback, 9,80 DM.



Sergio Ramirez ist nicht nur ein führendes Mitglied der sandinistischen Regierung von Nicaragua, sondern auch ein engagierter Schriftsteller. In Westdeutschland wurde er bekannt durch die im Hammer Verlag erschienene Darstellung des Lebens des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers Augusto Sandino. Im Deutschen Taschenbuch Verlag ist jetzt ein Roman erschienen, der zurückführt in die fünfziger Jahre, in die Zeiten des langandauernden harten Kampfes gegen den Diktator Somoza. In einem Guerilla-Lager jenseits der Grenzen bereiten sich nicaraguanische Rebellen auf einen bewaffneten Überfall vor. Die Akteure sind Turco, der Sohn eines fahrenden Händlers, der früher selbst Offizier Somozas war und erst kurz bei den Rebellen ist. Und Jilguero, der Enkel eines oppositionellen Präsidentschaftskandidaten, der von Somoza um den Wahlsieg betrogen worden ist, sowie Indio, der Führer der aufständischen Gruppe ist. Und dazu „Los Caballeros", drei Musiker, die bettelarm, aber unerschütterlich tapfer und heiter durchs Land ziehen.

Das dtv-Taschenbuch ist besonders schön ausgestattet, an den Kapitalanfängen findet man immer schöne Vignetten, kleine Grafiken von Dieter Masuhr, der sich in seinem künstlerischen Schaffen viel mit Nicaragua befaßt hat.

Sergio Ramirez, Die Spur der Caballeros, 210 Seiten, dtv Nr. 10158, 7,80 DM.

Zum Schluß noch ein Taschenbuchtip. Im Fischer Taschenbuch Verlag sind in diesem Jahr endlich die Romane des Italieners Cesare Pavese erschienen. Die Romane dieses wichtigen Autors der Moderne waren bisher auch nur in teuren Ausgaben erhältlich. Das schönste seiner Bücher: Der Roman „Der Genosse". In dieser Geschichte aus der Zeit des Mussolini-Faschismus schildert Pavese den widerspruchsvollen, aber realistischen und aus dem Leben gegriffenen Werdegang eines jungen Mannes, der zwischen der morbiden Halbwelt der großen Städte und der Widerstandsbewegung der Arbeiter gegen den Faschismus seinen Gang geht.

Pablo, der Held der Geschichte, entscheidet sich nach einer überzeugend geschilderten Entwicklung gegen das leichtlebige Treiben seiner alten Clique und engagiert sich im Widerstand, der ihn ins Gefängnis bringt, ihn aber auch reifen läßt. Die nachvollziehbare Parteinahme im Konflikt zwischen zwei grundverschiedenen Lebensauffassungen, Lebensanschauungen machen das Buch so lesenswert. Von Cesare Pavese sind noch zwei weitere Romane beim Fischer Taschenbuch Verlag erschienen: „Am Strand" und „Unter Bauern".



Cesare Pavese, „Der Genosse", 172 Seiten, Fischer Taschenbuch 5302, 9,80 DM.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.